Ulrich Pfeil
Die KPD im ländlichen Raum
Die Geschichte der Heider KPD 1920-1935

1. Einleitung

Schleswig-Holstein heute

Die Geschichtsschreibung zu den Jahren der Weimarer Republik wird in Kenntnis ihres Ausgangs und ihrer Folgen von Historikern in erster Linie als Suche nach den Ursachen für ihr Scheitern betrieben.[1] Dies führte in der Parteien- und Institutionengeschichte zu einem deutlichen Übergewicht der Literatur zum Aufstieg der NSDAP.[2] Die Erkenntnisse zur Entwicklung der Arbeiterbewegung zwischen 1918 und 1933 konnten in den letzten Jahren erheblich ausgedehnt werden,[3] doch besteht ein deutliches Übergewicht bei Studien zur Sozialdemokratie. Das Bild der KPD bedarf weiterer Differenzierungen, Regional- und Detailstudien. Zum deutschen Kommunismus existieren bisher nur sehr frühe bzw. zeitlich eingegrenzte Studien,[4] die, im Gefolge von Flechtheim und Weber, das Bild einer Partei zeichnen, die sich von einer lebendigen Bewegung zu einer „*konformistisch-totalitären Organisation*" entwickelt hatte.[5] In der ostdeutschen Geschichtsschreibung wurde dagegen die Geschichte der KPD zur Rechtfertigung der „antifaschistischen" DDR dargestellt. Erst der Fall der Mauer veränderte die Perspektive, wobei nicht nur die Öffnung bisher nicht zugänglicher Archive neue Erkenntnisse brachte, vielmehr wechselte mit dem Rückblick auf die DDR auch der Blick auf ihre Tradition. Durch die Einbindung sozial-, alltags- und mentalitätsgeschichtlicher Methoden wurde der Blick auf die kommunistische Basis und den kommunistischen Alltag gelenkt. Vorbildhaft tut dies die neue Studie von Klaus-Michael Mallmann, die ein vielschichtiges Bild des Innenlebens der KPD zeichnet und strukturell und epochal übergreifende Fragestellungen einbezieht: „*Denn die Frage, wieso ein beträchtlicher Teil jener Arbeiterbewegung, die im 19. Jahrhundert mit der Losung der Demokratie gegen den Obrigkeitsstaat angetreten war, aus der eigenen Tradition ausscherte [...] und sich letztlich zum Instrument einer staatlich systematisierten Repression verwandelt, ist längst noch nicht hinreichend beantwortet.*"[6]

Während für Schleswig-Holstein mittlerweile eine Reihe von Regionalstudien vorliegen, ist der Forschungsstand zur KPD in Norddeutschland sehr unbefriedigend.[7] Vergleichende und systematisierende Analysen fehlen, so daß das Bild sehr diffus bleibt,[8] wie die beiden folgenden Beispiele belegen. Hansjörg Zimmermann schreibt in seiner Studie zum Herzogtum Lauenburg: „*Gleichzeitig waren damit auch die einzelnen Vorsitzenden der Ortsgruppen* [der KPD; U.P.] *nicht frei in ihren Entscheidungen und Handlungen, sondern wurden zu bloßen Handlangern einer ferngesteuerten Organisation.*"[9] Dagegen stellt Karl-Werner Schunck für Eckernförde überrascht fest, daß das Verhältnis hier zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten trotz gegenteiliger Direktiven des ZK der KPD und entgegen der Meinung der „*allgemeinen Geschichtsschreibung*" aufgrund der engen sozialen Bindungen im ländlichen Raum sehr entspannt gewesen zu sein scheint.[10] Fühlten sich die lokalen KPD-Funktionäre folglich eher den traditionellen Bindungen als den Anordnungen übergeordneter Parteiinstanzen verpflichtet?

Dieser Frage soll in der folgenden Studie am Beispiel der in Dithmarschen gelegenen Kleinstadt Heide nachgegangen wer-

[1] Vgl. K.D. Erdmann, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: VfZ 3 (1955), S. 5; J. Kocka, Ursachen des Nationalsozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 25/80 v. 21.6.1980, S. 3-15; I. Kershaw (Hg.): Weimar: Why Did German Democracy fail?, London 1990, S. 1-29; M. Funke, Die Republik der Friedlosigkeit. Äußere und innere Belastungsfaktoren der Epoche von Weimar 1918-1933, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 32-33/94 v. 12.8.1994, S. 11-19.

[2] Vgl. zum Forschungsstand M. Broszat, Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München[3] 1990; C. Fischer, The rise of the Nazis, Manchester 1995; J.W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991.

[3] Stellvertretend hierfür H.A. Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984; ders., Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985; ders, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin/Bonn 1987.

[4] Vgl. H. Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969; ders., Kommunismus in Deutschland 1918-1945, Darmstadt 1983; W.T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921-1923; Düsseldorf 1973; S. Koch-

den. Stimmte das vielfach zitierte Bild einer allmächtigen Parteiführung, eines monolithischen Parteiapparates, der die Partei von oben nach unten beherrschte, mit den Realitäten in der von der Landwirtschaft geprägten Stadt an der schleswig-holsteinischen Westküste überein? Zur Beantwortung dieser Frage soll der Blick auf die lokalen Akteure, ihr Politikverständnis und ihren Willen bzw. ihre Fähigkeit, Parteirichtlinien in die Tat umzusetzen, fokussiert werden. Dazu gehört auch die Frage, wie weit es der KPD gelang, den leninistischen Führungsanspruch gegenüber der gesamten Arbeiterklasse durchzusetzen.

Eine Stadt, die 1933 ca. 11000 Einwohner zählte, lenkt den Blick auf eine KPD-Organisation, die mit den Gegebenheiten im protestantisch-ländlichen Raum fertigwerden mußte. Anders als z.B. in Hamburg gab es hier keine großen Industrien, keine fabriknahen Stadtviertel und keine Quartiere mit hoher Wohndichte, in denen sich ein abgegrenztes proletarisches Milieu entwickeln konnte. Obwohl gewisse Straßen bevorzugt von Kommunisten bewohnt wurden, waren sie in ihrer Sozialstruktur doch wieder zu heterogen, um ein proletarisches Bewußtsein aufkommen zu lassen. So wählten in den protestantisch-ländlichen Kreisen Dithmarschens überdurchschnittlich viele Arbeiter eine bürgerlich-nationale Partei, die DNVP und später die NSDAP.[11] Diese Konstellation – so kann bereits an dieser Stelle festgehalten werden – erschwerte die Arbeit der Heider KPD-Ortsgruppe beim Aufbau innerparteilicher Kommunikationsstrukturen. Um den Problemen der KPD in Heide auf die Spur zu kommen, soll die lokale Parteiarbeit der Kommunisten der der NSDAP gegenübergestellt werden. Beide Parteien gelten als radikale Protestbewegungen, profitierten jedoch in unterschiedlichem Maß von der krisenhaften Situation am Ende der Weimarer Republik.[12] Während die NSDAP in Heide zwischen 1928 und 1933 einen steilen Aufstieg nahm, blieben die Erfolge der KPD eher bescheiden.[13]

Die Rekonstruktion der Geschichte der KPD in Heide und ihrer Kommunikationsstrukturen ist aus verschiedenen Gründen schwierig. Die Ursache dafür liegt zum einen in der Art und Weise der politischen Arbeit der Kommunisten. Da die Partei sich selbst als Gegner der Republik sah und auf ihre Zersetzung hinwirkte, gestaltete sie ihre Arbeit konspirativer als die übrigen Parteien.[14] Zum anderen spiegeln parteiinterne Unterlagen allzu häufig nur einen Bruchteil der Realität wider. Außerdem lehnten es die bürgerlichen Zeitungen in Heide vielfach ab, Berichte über KPD-Veranstaltungen abzudrucken, so daß auch die öffentliche Tätigkeit nur selektiv bekannt wurde. Berichte staatlicher Instanzen wie z.B. Polizeiberichte sind dagegen aus der Verfolgerrolle geschrieben.

2. Heider Kommunisten – drei Lebensbilder

An den Anfang dieses Aufsatzes sollen die Lebensgeschichten der drei Heider bzw. Dithmarscher Kommunisten Gustav Bruhn, Christian Heuck und Erich Böhlig gestellt werden, in denen sich eindrucksvoll die Entwicklung und die verschiedenen Facetten der kommunistischen Bewegung in Heide zwischen 1919 und 1945 spiegeln. Engagement für die Partei ließ Bruhn und Heuck

Baumgarten, Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt/M./New York 1986; S. Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar, Frankfurt/M. 1976; O.P. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969; H.-U. Ludewig, Arbeiterbewegung und Aufstand. Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920-1923, Husum 1978.

[5] O.K. Flechtheim, Die Rolle der KPD, in: Der Weg ins Dritte Reich, München[4] 1983, S. 120.

[6] K.-M. Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 1.

[7] Zu den Ausnahmen gehören: R. Paetau/H. Rüdel (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987; R. Paetau, Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925, Neumünster 1988; F. Bringmann/H. Diercks, „Die Freiheit lebt". Antifaschistischer Widerstand und Naziterror in Elmshorn und Umgebung 1933-1945, Frankfurt/M. 1983; R. Möller, Widerstand und Verfolgung in einer agrarisch-kleinstädtischen Region: SPD, KPD und Bibelforscher im Kreis Steinburg, in: ZSHG 114 (1989), S. 125-227; L.D. Stokes, Kommunistischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Eutin 1925-1934, in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte 22 (1992), S. 5-44; D. Siegfried, Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf". SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Kiel 1992; Elke Imberger, „Widerstand von unten". Widerstand und Dissens in den Reihen der Arbeiterbewegung und der Zeugen Jehovas im Lübeck und Schleswig-Holstein 1933-1945, Neumünster 1991; Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein.

[8] Vgl. zum Forschungsstand zur Weimarer Republik und „Drittem Reich" in Schleswig-Holstein IZRG- (Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte) Heft Nr.1, Schles-

zu Führungs-"Kadern" des Bezirks Wasserkante werden. Doch trotz ihrer intensiven Arbeit blieb der revolutionäre Anspruch der KPD in Schleswig-Holstein uneingelöst. Nach Hitlers Machtübernahme arbeiteten sie weiter für ihre Partei und bezahlten ihr furchtloses Eintreten für ihre Ideale mit dem Tod. Die Beschreibung ihres Lebens reflektiert die Wechselwirkung zwischen Ambitionen der Parteiführung und konkreter Umsetzung an der Parteibasis. Durch die Einbeziehung sozialisationsgeschichtlicher Elemente wird die Darstellung der reziproken Beziehung zwischen der prägenden Wirkung der Partei auf ihre Mitglieder und der Wirkung der Parteimitglieder auf die Parteiarbeit um ein zusätzliches Element bereichert und erweitert damit die sozialgeschichtliche Perspektive.

2.1 Gustav Bruhn

Der am 14. März 1889 in Angermünde geborene Gustav Bruhn, Sohn eines Eisenbahners, war in den 20er Jahren der führende Funktionär der Heider Kommunisten, nach der Novemberrevolution auch Vorsitzender des Heider Ortsausschusses des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" (ADGB).[15] Der Tischler Bruhn leistete seinen Militärdienst in Kiel, wo er seine aus dem Dithmarscher Dorf Nesserdeich bei Lunden kommende Frau Elisabeth (geb. am 26.12.1894) kennenlernte, mit der er zwei Söhne hatte.[16] Elisabeth stammte aus einer in der Tradition der Arbeiterbewegung stehenden Landarbeiterfamilie – ihr Vater Otto Holz wurde im September 1921 als Leiter der KPD-Ortsgruppe Lunden genannt[17] – und trat 1919 selber in die Partei ein. Wegen ihrer politischen Tätigkeit gehörte auch sie nach der „Machtergreifung" zu den Opfern des nationalsozialistischen Terrors. 1934 wurde sie verhaftet und wegen „Wiederaufbau der KPD" zu zwei Jahren Haft verurteilt, die sie im Frauengefängnis Lauerhof bei Lübeck verbüßte. Nach der Entlassung 1936 wurde sie noch im selben Jahr erneut verhaftet und ins KZ Fuhlsbüttel eingeliefert. Mangels Beweisen setzte sie die NS-Justiz im Januar 1937 wieder auf freien Fuß.[18]

Schon früh engagierte sich Gustav Bruhn in der Arbeiterbewegung. 1912 trat er in Hannover in die SPD ein, wechselte aber in den Revolutionswochen zum Spartakusbund und 1919 zur USPD. Bei Beginn des Ersten Weltkriegs wurde er zur Matrosendivision nach Wihelmshaven eingezogen und war bis 1915 auf dem Linienschiff „Wörth". Er wurde anschließend dem Marinekorps Flandern zugeteilt und kämpfte bis Kriegsende in einer Pionierkompanie in Flandern.[19] Da seine Ehefrau aus Dithmarschen kam, ging er mit ihr 1919 nach Heide. Dort galt er als eine der schillerndsten Persönlichkeiten der extremen Linken, wurde als „der Rote" bezeichnet und verbüßte wegen seiner politischen Tätigkeit verschiedene Haftstrafen. Ein Heider Polizeibeamter charakterisierte ihn 1929 folgendermaßen:[20]

„Solange der Kommunistenführer Bruhn noch in Heide wohnte [...], *kamen Reibereien und Schlägereien bei der Gegenaktion der KPD weniger vor. Bruhn ist ein ruhiger und intelligenter Führer, der von der Hamburger Leitung sehr geschätzt wird. Selbst Nationalsozialisten geben zu, daß Bruhn ihnen in den Versammlungen immer ruhig und sachlich entgegengetreten sei und*

wig 1994, S. 9ff.; P. Wulf, Was bleibt zu tun? Schwerpunkte künftiger Forschungen zum Nationalsozialismus in Nordfriesland und Schleswig-Holstein, in: Nationalsozialismus in Nordfriesland. Beiträge von der Fachkonferenz am 60. Jahrestag der „Machtergreifung" in Bredstedt, hrsg. vom Nordfriisk Instituut und vom IZRG, Bredstedt 1993, S. 88-94.

[9] H. Zimmermann, Wählerverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918-1933, Neumünster 1978, S. 414.

[10] K.-W. Schunck, Sozialdemokraten und Kommunisten in Eckernförde am Vorabend der „Machtergreifung", in: K. Hamer/K.-W. Schunck/R. Schwarz (Hg.), Vergessen und verdrängt. Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde. Eine andere Heimatgeschichte, Schleswig[3] 1995, S. 122.

[11] Vgl. R. Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932, Stuttgart 1963, S. 113f.; J.W. Falter/D. Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928-1933, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS) 26 (1986), S. 179-216; J.W. Falter, Hitlers Wähler, 1991, S. 217; D. Geary, Employers, Workers, and the Collapse of the Weimar Republik, in: I. Kershaw (Hg.), Weimar: Why did German Democracy fail, London 1990, S. 92-119.

[12] Vgl. J.W. Falter, Wer wurde Nationalsozialist? Eine Überprüfung von Theorien über die Massenbasis des Nationalsozialismus anhand neuer Datensätze zur NSDAP-Mitgliedschaft 1925-1932, in: H. Grabitz/K. Bästlein/J. Tuchel (Hg.), Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen (Festschrift für W. Scheffler), Berlin 1994, S. 20-41.

[13] Vgl. U. Pfeil, Vom Kaiserreich ins „Dritte Reich". Die Kreisstadt Heide/Holstein 1890-1933, Diss., Hamburg 1995.

[14] Vgl. u.a. zur Organisation und Agitation der KPD die parteieigenen Schriften „Fingerzeige für die Technik der illegalen Arbeit" (1924), Verhaltensmaßregeln für Kommunisten (April 1926), Landesarchiv Schleswig [LAS] 309/22572, 22718.

[15] Vgl. zu den Eheleuten Gustav und

daß er stets bemüht war, seinen rohen und ungebildeten Parteigenossen eine anständige Kampfweise beizubringen. Bruhn hat seine draufgängerischen Parteigenossen, die die Gegenaktion der KPD verkehrt auffaßten, häufig nur mit großer Mühe von Ausschreitungen zurückhalten können."

Bruhn übernahm vermutlich im Verlaufe des Jahres 1923 die Funktion des Ortsvorsitzenden der KPD von Erich Böhlig[21] und war wegen seiner exponierten Funktion und seiner republikfeindlichen Äußerungen wiederholt Ziel von Beobachtungen und Verfolgungen durch die Heider Ordnungsbehörden.[22] Seine Arbeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Heider Ortsgruppe. Er hatte entscheidenden Anteil an dem Auf- und Ausbau des KPD-Ortsgruppennetzes in den ländlichen Gemeinden der Westküste, für die er neue Mitglieder anwerben konnte. Seine Wohnung in der Großen Westerstraße 21 bot verfolgten Kommunisten Unterschlupf und beherbergte Angehörige von inhaftierten Parteigenossen.[23] Von seinen Botengängen zwischen Heide und Hamburg kam er mit Werbematerialien für die Kommunisten der Umgebung zurück. Diese enormen Anstrengungen konnte er für die Partei leisten, weil das ZK der KPD ihn für seine Parteitätigkeit bezahlte. Zur Schulung für die regionale Arbeit reiste er mehrmals in die Sowjetunion, wo er auf seine Funktionen als Parteisekretär und Instrukteur vorbereitet wurde;[24] 1924 war er Delegierter des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationalen in Moskau. Wegen seiner exponierten Position wurde seine Wohnung mehrmals von der Heider Polizei durchsucht.[25]

1927 ging er als Unterbezirksleiter nach Lübeck und wurde dort wegen des Vertriebs der Broschüre „Deutschlands revolutionäre Matrosen" zu drei Jahren Haft auf der Festung Gollnow verurteilt. 1928 wurde er für die KPD in den Preußischen Landtag gewählt und mußte aufgrund seiner Immunität als Abgeordneter aus der Haft entlassen werden.[26] Infolge eines Beschlusses der Bezirksleitung Wasserkante übernahm Bruhn 1928 die Leitung des Unterbezirks Kiel; seinem Vorgänger Dietrich wurde Mißwirtschaft und *„politische Unfähigkeit"* vorgeworfen.[27] 1929 verließ er Heide [28] und wechselte im Januar 1930 als Leiter der „Landabteilung" zur Bezirksleitung nach Hamburg.[29] Hier blieb er nur kurz, denn ein Jahr später übernahm er erneut die Leitung des Unterbezirks Lübeck, wo er vorübergehend der Bürgerschaftsfraktion angehörte und nach Niederlegung seines Mandats eine Rede aus dem Zuschauerbereich hielt, die ihm eine Strafe wegen Hausfriedensbruchs einbrachte.[30]

In dieser Zeit wurde Bruhn durch einen V-Mann der Polizei überwacht, wie aus der Korrespondenz zwischen der Kriminalpolizei in Lübeck und der Nachrichtensammelstelle beim Reichsministerium des Innern in Berlin hervorgeht. Dabei ging es um vermeintliche Verbindungen von Bruhn zu einer Person in einem Ministerium in Berlin. Bruhn scheint in dieser Zeit eine Beziehung zu einer Frau in Berlin/Tempelhof gehabt zu haben, die auch der KPD angehörte. Bei ihr hatte er ein Zimmer gemietet und unterstützte sie finanziell.[31] Im Sommer 1932 ging er nach Hamburg zurück und arbeitete in der Gewerkschaftsabteilung.[32]

Elisabeth Bruhn U. Hochmuth/G. Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945, Frankfurt/M. 1969; U. Puls, Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe, Berlin (Ost) 1959; L. Eiber, Arbeiterwiderstand gegen Faschismus und Krieg 1933-1945, in: U. Bauche/L. Eiber/U. Wamser/W.Weinke (Hg.), „Wir sind die Kraft". Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945, Hamburg 1988, S. 312.

[16] Heinrich Bruhn wurde am 29.1.1913 in Lunden geboren und engagierte sich ebenfalls in der Arbeiterbewegung. Vor 1933 war er bereits Mitglied des KJVD. Nach der Machtübernahme durch die NSDAP war er mit seiner Ehefrau Edith (geb. Cornehl/*19.1.1915) noch für die KPD tätig und entrichtete weiterhin Mitgliedsbeiträge. Er war Angestellter bei der russischen Handelsvertretung und wurde gemeinsam mit Ehefrau und Mutter am 14.10.1936 festgenommen und am 24.11.1937 vom Hanseatischen Oberlandesgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Vgl. Tagesmeldung der Staatspolizei Hamburg v. 14./15.10.1936; Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts v. 24.11.1937, Bundesarchiv Abteilungen Potsdam [BAP] NJ 10277, Bd.1-17. Der zweite Sohn Otto war Soldat der deutschen Wehrmacht und bei Stalingrad vermißt. Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenverbände der DDR im Bundesarchiv [SAPMO-BA] DY 55/V 278/6/199.

[17] Vgl. Bezirk Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 7.9.1921, SAPMO-BA RY 1/I3/16/44.

[18] Vgl. SAPMO-BA DY 55/V 278/6/-199.

[19] Vgl. BAP NJ 1518, Bd.1-5.

[20] Bericht eines Beamten der Landeskriminalpolizeistelle Flensburg v. 16.3.1929, Schleswiger Regierungspräsident an Kieler Oberpräsidenten v. 26.3.1929, LAS 301/4506.

[21] Vgl. Schleswiger Regierungspräsident an Landrat von Norderdithmarschen [ND] v. 23.12.1923, LAS 309/22789; Schleswiger Regierungspräsident an Polizeibehörde Hamburg v. 26.7.1924; LAS 309/22739.

[22] Vgl. u.a. Anklage des Oberstaatsanwaltes in Altona v. 31.3.1923, LAS 309/22572.

[23] Vgl. Landrat ND an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 10.2.1926, LAS 309/22718.

[24] Vgl. Landrat ND an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 15.7.1924, LAS 301/4522.

[25] Vgl. Landrat ND an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 19.1.1924, LAS 309/22695; Landrat an Oberreichs-

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten befand er sich vom 26. April bis zum 17. Juni 1933 und vom 20. September bis zum 13. Oktober 1933 in Schutzhaft im KZ Fuhlsbüttel.[33] Am 14. März 1935 wurde er wegen „*Vorbereitung zum Hochverrat*" zu drei Jahren Haft verurteilt und verbüßte diese im Zuchthaus in Rendsburg und im KZ Sachsenhausen.[34] Gleich nach seiner Freilassung Mitte 1939 arbeitete er wieder im Untergrund und setzte diese Tätigkeit im Krieg fort.[35] Er traf sich mit Parteifreunden zu getarnten Treffs und diskutierte die politische Lage. In den Gesprächen erwogen die Widerständler u.a. die Wiederaufrichtung der kommunistischen Organisationen. Ab Februar 1942 begannen Bruhn und seine Freunde im Bereich des ehemaligen Bezirks Wasserkante eine kommunistische Organisation aufzubauen.

Bruhn wurde im Frühjahr 1942 zur Mitarbeit in der größten Hamburger Widerstandsgruppe während des Krieges, der Bästlein-Jacob-Abhagen-Organisation, gewonnen und war sofort bereit, einen führenden Posten zu bekleiden.[36] Er wurde Leiter der Industriegruppe „Metall" und konzentrierte seine Arbeit u.a. auf die Klöckner- und Holsatiawerke in Hamburg. Er erkundete in geheimen Treffs die Situation und politische Stimmung der Arbeiter, die Struktur des Werks und die Lage der sowjetischen Arbeiterinnen und eruierte die Möglichkeit zur politischen Betätigung in den Werken. Diese Tätigkeit diente als Vorbereitung zu Sabotageakten, zur Verzögerung von Rüstungsaufträgen und zu Kampagnen für langsames und qualitativ schlechtes Arbeiten.[37] Weiterhin hörte er Feindsender ab und beherbergte Parteifreunde.[38]

Mit seiner Ehefrau und anderen Mitgliedern der kommunistischen Widerstandsgruppen in Hamburg wurde er am 18. Oktober 1942 von der Gestapo verhaftet, im Juli 1943 aber vorübergehend für zwei Monate beurlaubt, da infolge der Bombardierung Hamburgs der Justizapparat schwer behindert war und viele Gefängnisse zerstört waren. Das Ehepaar Bruhn entschied nach Ablauf des Hafturlaubs, sich nicht wieder den Hamburger Justizbehörden zu stellen, und ging in den Untergrund. Am 16. Dezember 1943 nahm die Polizei Bruhn erneut fest, nachdem er von dem Überläufer Alfons Pannek verraten worden war. Am 3. Februar 1944 inhaftierte die Gestapo auch Bruhns Ehefrau Elisabeth. Die Eheleute wurden ins KZ Neuengamme eingeliefert, wo sie am 14. Februar 1944 ohne Gerichtsurteil auf Befehl Himmlers gehenkt wurden.

2.2 Christian Heuck

Eine weitere herausragende Persönlichkeit unter den Dithmarscher Kommunisten war der am 18. März 1892 in Heuwisch/Norderdithmarschen geborene Christian Heuck,[39] der in der Zeit der Weimarer Republik wegen seiner politischen Tätigkeit wiederholt verurteilt wurde[40] und für die Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein ein „rotes Tuch" war. Nach dem Besuch der Volksschule in Wesselburen war er zwei Jahre in der Landwirtschaft tätig und wurde anschließend für zwei Jahre Versandleiter in einem Gemüsegroßhandelsgeschäft. Von 1912 an diente er als aktiver Soldat und nahm am Ersten Weltkrieg teil. Er wurde drei-

anwalt in Leipzig v. 25.1.1926, LAS 309/22718.

[26] Vgl. Neues Deutschland 45/14.2.1959.

[27] Vgl. Bezirk Wasserkante an Unterbezirksleitung Kiel v. 30.11.1928; Bezirk Wasserkante an KPD-Zentrale in Berlin v. 6.9.1928, SAPMO-BA RY 1/I3/16/36.

[28] Vgl. Landrat ND an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 22.2.1930, LAS 309/23056; Schleswiger Regierungspräsident an Kieler Oberpräsidenten v. 21.12.1928, LAS 301/4530.

[29] Vgl. D. Siegfried, „Ich war immer einer von denen, die kein Blatt vor den Mund nehmen!" Kontinuitäten und Brüche im Leben des Kieler Kommunisten Otto Preßler, in: Demokratische Geschichte [DG] IV (1989), S. 297, Anm. 172.

[30] Vgl. Geheimes Staatspolizeiamt Lübeck an Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin v. 29.7.1934, BAP R 58/3232, Bl. 229.

[31] Vgl. die Ermittlungen zwischen Oktober 1931 und Juli 1932 in BAP St 10/157, Bd.7a, Bl. 117-130.

[32] Vgl. Staatspolizei Hamburg an Leiter der Geheimen Staatspolizei in Berlin v. 15.7.1934 (Personalien der Mitglieder der BL Wasserkante nach Einforderung v. Feb. 1930), BAP R 58/3232, Bl. 191/192.

[33] Vgl. Staatspolizei Hamburg an Leiter der Geheimen Staatspolizei in Berlin v. 15.7.1934 (Personalien der Mitglieder der BL Wasserkante nach Einforderung v. Feb. 1930), BAP R 58/3232, Bl. 191/192.

[34] Vgl. Liste der Preußischen Geheimen Staatspolizei ehemaliger kommunistischer Abgeordneter des Preußischen Provinziallandtags v. 18.8.1936, BAP R 58/4263, Bl. 93-95.

[35] Vgl. SAPMO-BA DY 55/V 278/6/199.

[36] Vgl. zur Bästlein-Jacob-Abshagen-Organisation U. Hochmuth/G. Meyer, Streiflichter, 1969, S. 341ff.; U. Puls, Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe, 1959; L. Eiber, Arbeiterwiderstand, 1988.

[37] Vgl. U. Hochmuth/G. Meyer, Streiflichter, 1969, S. 341.

[38] Vgl. BAP NJ 1518, Bd.1-5.

[39] Vgl. zu Christian Heuck R. Möller, Steinburg, 1989, S. 146f.; H. Weber, Wandlung, Bd.2, 1969, S. 161; M.-E. Rehn, Heider gottsleider. Kleinstadtleben unter dem Hakenkreuz: Eine Biographie, Basel 1992, S. 21. Außer den in den folgenden Fußnoten angegebe-

mal verwundet, erhielt das EK II und beendete den Krieg im Range eines Unteroffiziers. Er ging nach der Demobilisierung wieder nach Wesselburen zurück, wo er zwischen 1918 und 1920 einen Pferdehandel betrieb und dann bis 1922 ein Gemüseversandgeschäft führte.

Der Krieg und die Wochen der Novemberrevolution wurden für ihn zu einem prägenden Erlebnis. Er übernahm 1918 den Posten des 2. Vorsitzenden des Arbeiterrates in Wesselburen und gründete als solcher Ende des gleichen Jahres die Ortsgruppe der SPD. Anfang 1919 verließ er die Partei, blieb ein halbes Jahr parteilos und schloß sich dann der KPD an, für die er zum Jahreswechsel 1919/20 die Wesselburener Ortsgruppe aufbaute. Er blieb ihr Vorsitzender bis 1923, als er wegen einer drohenden Gefängnisstrafe fliehen mußte. Er war Mitglied des Provinziallandtages, Stadtverordneter in Wesselburen und organisierte Landarbeiterstreiks in der Umgebung, wo die KPD überdurchschnittlich stark war.[41]

Wegen seiner politischen und organisatorischen Erfahrung in ländlichen Regionen schickte ihn die KPD-Zentrale in Berlin 1923 als Militärleiter der KPD nach Mecklenburg, um dort unter falschem Namen die Landarbeiterbewegung zu leiten und die Bewaffnung der KPD in Norddeutschland durchzuführen.[42] In der Bezirksleitung genoß er großes Ansehen, wie aus ihrer folgenden Beurteilung deutlich wird: „*Wir können nur bestätigen, daß der Gen*[osse] *Heuck während der Zeit seiner Arbeit im Bezirk Wasserkante bis Juni 1923 ein außerordentlich aktiver Parteifunktionär und führender Kommunist in dem nordwestlichen Teil Schleswig-Holsteins, Norder- und Süderdithmarschen war.*"[43]

Im Februar 1924 siedelte er nach Cottbus über, wo er für die KPD einen militärischen Apparat aufbauen sollte. In gleicher Funktion ging er kurz darauf nach Breslau, wo er als Militärleiter der KPD für den Bezirk Schlesien unter falschem Namen arbeitete. In dieser Zeit kam er wiederholt unerkannt nach Wesselburen zurück, wo seine Frau weiterhin lebte. Am 21. Mai 1924 wurde er festgenommen und am 20. März 1926 vom Staatsgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu fünf Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von 500 RM verurteilt.[44] 1928 wurde Heuck amnestiert. Nach einer kurzen Zeit in Wesselburen wurde er Unterbezirksleiter und arbeitete von Heide und Itzehoe aus,[45] wurde Mitglied des Kreistags von Steinburg (1929/30) und des Provinziallandtags für die Provinz Schleswig-Holstein (1929-1933). Von der Arbeit Heucks in seinem alten Wirkungskreis versprach sich die Bezirksleitung einen „*Aufschwung der Partei.*"[46]

Im Oktober 1930 übernahm Heuck die Leitung des Unterbezirks Flensburg,[47] wurde im selben Jahr Mitglied des Reichstags (1930-33) und leitete den „Roten Frontkämpferbund" (RFB) in Schleswig-Holstein. Seit Januar 1932 war Heuck als Parteisekretär in Kiel tätig und wurde Anfang März zum Stadtverordneten gewählt. Auch in dieser Zeit kam er wiederholt in Konflikt mit der Justiz. Am 23. Juli 1932 wurden Flugblätter an die Arbeiter der „Deutschen Werke" in Kiel verteilt, die von Heuck verfaßt

nen Akten des LAS finden sich noch vereinzelte Informationen zu Heuck in LAS 309/22781, 22797, 22798.

[40] Oberreichsanwalt an Reichsminister der Justiz v. 16.5.1933, BAP St 1/90.

[41] Vgl. Landrat ND an Kieler Oberpräsidenten v. 30.5.1922, LAS 309/22923; Landrat ND an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 4.8.1924, LAS 301/4522.

[42] Vgl. H. Weber, Wandlung, Bd.2, 1969, S. 161.

[43] Vgl. Bezirk Wasserkante ZK der KPD in Berlin v. 6.9.1928, SAPMO-BA RY 1/I3/16/36.

[44] Vgl. Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung an Nachrichtenstellen der Länder v. 11.5.1926, LAS 309/22722; Auszug aus dem Strafregister v. 11.4.1930, LAS 301/4532; Oberreichsanwalt an Reichsminister der Justiz v. 16.5.1933, BAP St 1/90; Staatspolizeistelle für den Reg.-Bezirk Breslau an Leiter des Geheimen Staatspolizeiamts in Berlin v. 31.7.1934, BAP R 58/3232, Bl. 152.

[45] Liste des Plenars des Bezirks Wasserkante v. Februar 1930, SAPMO-BA RY 1/I3/16/36.

[46] Vgl. Bezirk Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 6.9.1928, SAPMO-BA RY 1/I3/16/36.

[47] Vgl. Bezirk Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 28.10.1930, SAPMO-BA RY 1/I3/16/36.

worden waren. In ihnen rief er zum Massenstreik mit dem Ziel des Sturzes der Regierung Papen auf. Wegen der Auflösung des Reichstags bestand für Heuck keine Immunität mehr, so daß gegen ihn noch am selben Tag Haftbefehl erlassen wurde. Heuck war aber nicht auffindbar.[48]

Gleich nach der „Machtergreifung" fand die Kieler Polizei in Wohnungen von KPD-Mitgliedern von Heuck herausgegebene Flugblätter mit der Überschrift *„SPD bringt Hitler an die Macht"*. In dem Flugblatt hieß es:

„Die deutsche Arbeiterklasse muß sich zum Kampf gegen den Faschismus und zum Sturz der Hitler-Regierung in der Antifaschistischen Einheitsfront zusammenfinden. Schafft Streik- und Kampf-Kommitées in den Betrieben. Organisiert den politischen Massenstreik. Rüstet zum Generalstreik und Hitler wird keine 14 Tage regieren!"

Dieser Aufruf zum Sturz Hitlers machte ihn zur Zielscheibe der neuen Machthaber. Heuck wurde wegen *„Vorbereitung zum Hochverrat"* am 4. Februar 1933 in Kiel in Untersuchungshaft genommen und wegen *„hochverräterischer Unternehmen"* angeklagt.[49] Am 27. Juni 1933 wurde er zu einer Haftstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt.[50]

Der Tod Heucks im Februar 1934 verlief unter dubiosen Umständen. Die Staatspolizeistelle in Altona meldete, daß er sich im Zentralgefängnis Neumünster selber erhängt habe.[51] Diese Version wurde auch in der Öffentlichkeit verbreitet. Mittlerweile steht jedoch fest, daß Heuck an seinem 42. Geburtstag von SA-Leuten ermordet wurde.[52]

Um Heucks Rolle in der KPD Wasserkante erschöpfend zu beurteilen, sind Quellenlage und überlieferte persönliche Aussagen zu schmal. Er galt als Freund Ernst Thälmanns[53] und überstand die Weimarer Republik ohne Parteiausschluß, was dafür spricht, daß er sehr wandlungsfähig war und Kurskorrekturen der Gesamtpartei frühzeitig erkannte und als guter „Parteisoldat" gefügig mitmachte. *„Dieser Funktionär war gegenüber dem ‚Feind' kämpferisch und einsatzbereit, in der Organisation paßte er sich aber an"*, urteilt Hermann Weber über den stalinistisch geprägten Prototyp des Funktionärs[54] und charakterisiert damit auch Heuck zutreffend. Die gefundenen Quellen lassen Heuck als einen Ultralinken erscheinen, der ein entschiedener Gegner der Sozialdemokraten und ein Verfechter der Sozialfaschismus-Theorie war. Für diese These spricht auch das folgende Zitat aus dem erwähnten Flugblatt, in dem Heuck den Sozialdemokraten Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft vorwarf: *„Weil die SPD-Führer im Interesse des Kapitalismus die Aufgabe haben, sich in jeder verschärften Situation totzustellen und die Arbeiterklasse passiv zu halten, konnte es überhaupt erst zu einer Papen- und Schleicherregierung kommen."*[55]

2.3 Erich Böhlig

Als dritte Persönlichkeit der Heider KPD soll der beim „Heider Anzeiger" angestellte Erich Böhlig hervorgehoben werden (1885-1945), der sich vom Schriftsetzer zum Korrektor hochgearbeitet hatte. Wie Bruhn und Heuck besaß er eine qualifizierte Berufsausbildung und gehörte zur Generation der Frontsoldaten.

[48] Vgl. Oberstaatsanwalt in Kiel an Reichsminister der Justiz vom 3.8.1932, BAP St 1/90.

[49] Vgl. Oberstaatsanwalt in Kiel an Reichsminister der Justiz vom 4.2.1933, BAP St 1/90; Oberreichsanwalt an Reichsminister der Justiz vom 11.3.1933, BAP St 1/90.

[50] Vgl. Oberreichsanwalt an Reichsminister der Justiz v. 17.6.1933, BAP St 1/90, St 2/111; Staatspolizeistelle Kiel an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 8.7.1933, BAP R 58/3227, Bl. 2,3,5,6.

[51] Vgl. Staatspolizeistelle in Altona an Geheimes Staatspolizeiamt in Berlin v. 27.2.1934, BAP R 58/3227, Bl. 5.

[52] R. Möller, Steinburg, 1989, S. 147; Deutschland vom Feinde besetzt. Die Wahrheit über das Dritte Reich. Bilder und Dokumente zusammengestellt und hrsg. v. internationalen antifaschistischen Archiv, Paris 1935, BAP R 58/2321, Bl. 203.

[53] Vgl. H. Weber, Wandlung, Bd.2, 1969, S. 161.

[54] H. Weber, Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40/91 v. 27.9.1991, S. 27.

[55] Vgl. Oberstaatsanwalt in Kiel an Reichsminister der Justiz v. 4.2.1933, BAP St 1/90.

Nach der Gründung der Heider Ortsgruppe der KPD wurde er 1920 Erster Vorsitzender.[56] Anders als seine beiden Parteigenossen blieb er während der Weimarer Republik in Heide und arbeitete auch nach seiner Ablösung als Ortsgruppenleiter weiter für die Partei. Er war regelmäßiger Gast in den KPD-Stammlokalen „Nordstern" in der Norderstraße und der Wirtschaft von Johanna Off und trat wiederholt in Veranstaltungen der politischen Gegner auf. Er sammelte während der Weltwirtschaftskrise bei Heider Geschäftsleuten für Arbeitslose und wurde im März 1933 letzter Stadtverordneter für die KPD.

Die Nationalsozialisten kannten ihn als politischen Gegner und verhafteten Böhlig im April 1933. Über ein Jahr mußte er in den provisorischen Konzentrationslagern in Schleswig und Glückstadt zubringen, wurde nach seiner Freilassung nicht mehr an seinem alten Arbeitsplatz beim „Heider Anzeiger" angestellt und mußte sich als Anschläger im Ölbergwerk „Hölle" in Hemmingstedt durchschlagen, um seine Familie zu ernähren. Im Rahmen der „Gewitteraktion"[57] 1944 wurde er vernommen und ins KZ Neuengamme gebracht. Die Zeit des „Dritten Reichs" überlebte Erich Böhlig nicht. Er gehörte zu den Gefangenen, die am 3. Mai 1945 beim Untergang der „Cap Arcona" in der Lübecker Bucht ums Leben kamen.[58]

Die Lebensläufe von Christian Heuck, Gustav Bruhn und Erich Böhlig weisen bei allen Unterschieden zahlreiche Gemeinsamkeiten auf. So bedeutete der Erste Weltkrieg für alle drei eine tiefgreifende Zäsur in ihrem Leben. Sie tauschten ihr ziviles Leben gegen ein Milieu mit eigenen Normen und Regeln. Die freiwillige Meldung als Soldat, der Erwerb von Auszeichnungen und die Beförderung, wie Heuck es erfuhr, war bei späteren Kommunisten keine Ausnahme.[59] Genauso wie die Anhänger der völkischen Kampfverbände übernahmen sie das Freund-Feind-Schema, Gewalt und Muskelspiel aus dem Krieg und setzten diese Mittel auch in der Ausführung ihrer praktischen Politik während der Weimarer Republik ein.[60] „*Daß Menschen dem Zwang zum Glück geopfert werden sollten, ja müßten, zählte angesichts der Kriegserfahrungen wenig. Die allgemeine Verrohung und Brutalisierung unter den Bedingungen des Lebens im Schützengraben, der Verlust der humanen Orientierung, das Abhandenkommen der im Proletariat ohnehin niedrigen Aggressionshemmung nach Jahren lizenzierten Tötens machten Gewalt in der Politik auch auf der radikalen Linken zum probaten und legitimen Mittel in der Auseinandersetzung*",[61] schreibt Klaus-Michael Mallmann. So ließ sich u.a. auch bei Bruhn eine dem Kriegsvokabular entlehnte Terminologie finden: „*Darum fester zusammengeschlossen in der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die allein in Verbindung mit der kommunistischen Partei gewillt ist, die Landarbeiterschaft zum Kampf und Sieg zu führen.*"[62]

Anders als ihre Gegner auf der Rechten erlebten sie jedoch die Novemberrevolution. Während die reaktionären Kräfte die Revolution als Verrat am Heer empfanden und für ein Wiederaufleben der Monarchie kämpften bzw. im Verlaufe der Weimarer Republik zu einem neuen autoritären System finden wollten, gehörten

[56] Vgl. Adreßbuch der Stadt Heide, Heide 1922, S. 142; Biographische Angaben zu Erich Böhlig für die Zeit nach 1933 finden sich bei M.-E. Rehn, Heider gottsleider, 1992, S. 34ff.

[57] Vgl. D. Korte, „Aktion Gewitter„ in Schleswig-Holstein, in: DG III (1988), S. 521-526; R. Möller, Steinburg, 1989, S. 220ff.

[58] Vgl. W. Lange, Cap Arcona. Das tragische Ende der KZ-Häftlings-Flotte am 3. Mai 1945. Dokumentation, Neustadt 1988.

[59] Vgl. K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 110.

[60] Vgl. G.L. Mosse, Über Kriegserinnerungen und Kriegsbegeisterung, in: M. van der Linden/G. Mergner (Hg.), Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung. Interdisziplinäre Studien, Berlin 1991, S. 27-36; ders., Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars, New York/Oxford 1990, S. 159ff.; P. Knoch, Kriegserlebnis als biographische Krise, in: A. Gestrich/ders./H. Merkel (Hg.), Biographie - sozialgeschichtlich, Göttingen 1988, S. 86-108; G. Fiedler, Jugend im Krieg. Bürgerliche Jugendbewegung, Erster Weltkrieg und sozialer Wandel 1914-1923, Köln 1989, S. 157ff.

[61] K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 117.

[62] G. Bruhn, Die Landarbeiter drängen zum Streik, in: Das erwachende Dorf. Organ für die werktätige Landbevölkerung Bezirk Wasserkante 4/August 1930, SAPMO-BA R-CZ 16443.

Männer wie Heuck, Böhlig und Bruhn zu den Kräften, die besonders in der Endphase des Krieges die Durchhaltebefehle als Willkür der kaiserlichen Heeresleitung gegenüber den einfachen Soldaten empfanden. Der Verrat an der „Schützengrabengemeinschaft" wurde für sie Auslöser zur Meuterei, und durch ihre sozialistische Vorprägung und der Übernahme des sowjetischen Vorbildes engagierten sie sich in den Arbeiter- und Soldatenräten. Die wirtschaftlichen Krisen und die Ernüchterung über die steckengebliebene Revolution, die Enttäuschung über die reformistische Rolle der SPD und das weiterhin präsente Gefühl des Verfolgtseins führten zu einer sukzessiven Radikalisierung ihres Denkens und ihres Handelns, ließen sie aus der SPD austreten, Mitglieder der USPD werden und machten sie schließlich zu begeisterten Kommunisten.

Für die KPD arbeiteten sie in verschiedenen Funktionen, wurden bei Bedarf kurzfristig an andere Orte geschickt, opferten ihr Privatleben ganz der Partei. Damit gehörten sie zu jenen Kadern, die die Parteiorganisation gegen alle Widerstände aufrechterhielten, und durch ihr Engagement versuchten sie die stets dünne Personaldecke der KPD auszugleichen.[63] Dabei verstanden sie sich als ausführende Organe der Parteizentrale, die anstrebten, die Direktiven von oben nach unten durchzusetzen. Diese Haltung sollten sie schon im eigenen Interesse einnehmen, denn nur durch die Zahlungen der Zentrale bestritten Bruhn und Heuck ihren Lebensunterhalt. Wie das Beispiel von Gustav Bruhn zeigen wird (vgl. 4.1), hinderte ihn diese Grundhaltung nicht daran, in seiner Arbeit vor Ort auch von der Parteilinie abzuweichen, weil er aus eigenem Antrieb Adaptationen vornahm, von denen er sich eine größere Effizienz für die Partei erwartete. „*Aufbegehren als korrigierende Insubordination, als produktiver Ungehorsam, der lokal durchaus für Erfolg sorgte, war ihm keineswegs fremd,*"[64] urteilt Mallmann in seiner Charakterisierung des „*ideellen Gesamtkommunisten*" der Weimarer Republik und trifft damit auch Christian Heuck und Gustav Bruhn.

Daß sie sich als Rädchen in einem großen Ganzen sahen, das es zu verteidigen galt, belegt ihr Leben nach 1933. Sie blieben ihrer Partei und ihrer kommunistischen Weltanschauung treu und wurden deshalb von den Nazi-Schergen ermordet.

[63] Vgl. R. Müller, „Rotes Arbeiter-Hamburg". Zur Politik der KPD 1924-1933, in: U. Bauche/L. Eiber/U. Wamser/W.Weinke (Hg.), „Wir sind die Kraft". Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945, Hamburg 1988, S. 237; K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 237.

[64] K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 384.

[65] Vgl. D. Siegfried, „Linkssektierer" und „Rechtsopportunisten". Zur politischen Sozialisation regionaler KPD-Führer in Schleswig-Holstein 1945/46, in: IWK 4 (1990), S. 484ff.

3. Die Entwicklung der KPD in Heide 1920-1933

3.1 Von der Gründung zum vorläufigen Tiefpunkt

Der Einfluß der KPD in Schleswig-Holstein war nach ihrer Gründung vorerst noch gering. Vereinzelte Aktionen mit der USPD verhalfen ihr nicht zum erwarteten Durchbruch bei den Arbeitern in den Betrieben. Einzig unter den Erwerbslosen, häufig ehemalige Frontsoldaten, fand sie einige Resonanz. Noch beschränkte sich diese Arbeit auf die größeren Städte wie Kiel. Erst nach der Vereinigung mit der USPD im Dezember 1920 entwickelte sich die KPD in Schleswig-Holstein zu einer festen Größe, die jedoch – ähnlich wie die Gesamtpartei – immer wieder von Parteispaltungen und Austritten zurückgeworfen wurde.[65] Der Bezirk Wasserkante, dem Schleswig-Holstein, Hamburg, der Unterbezirk Lüneburg, der nordöstliche Teil des heutigen Niedersachsens und seit 1926 die Hansestadt Lübeck zugeordnet waren, wurde zu einem der stärksten im Reichsgebiet und

Wer für den Grundsatz eintritt: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen",
Wer gegen den mörderischen Kapitalismus kämpfen will,
Wer kein Verräter seiner Klasse sein will,
Wer für die Freiheit und Weltrevolution kämpfen will,
Wer die Kriegsverbrecher, bürgerl. Gegner und sozial. Verräter niederringen will,
Wer den Ausnahmezustand und Meuchelmord bekämpfen will,
Landtag, Provinz, Kreis: Kennwort Kommunisten. Reichstag: Liste Paul Fröhlich.

wählt Kommunisten!

Heider Anzeiger 18.2.1921

war in der Zeit der Weimarer Republik bekannt für seine kominterntreue Haltung.[66]

In Heide unternahm die KPD bereits 1919 Anstrengungen zur Gründung einer Ortsgruppe,[67] konnte jedoch gegen die Konkurrenz von SPD und USPD nicht recht vorankommen. Die eigentliche Geschichte der Heider KPD beginnt deshalb erst im Oktober 1920, als die zum linken Flügel der USPD gehörende Heider Ortsgruppe nahezu geschlossen und reibungslos zur KPD übertrat. Federführend war dabei Gustav Bruhn, der in Schleswig-Holstein die Kräfte anführte, die den sofortigen Anschluß an die III. Internationale befürworteten.[68] In der Folgezeit sorgte die Heider KPD nur für wenig Aufsehen,[69] so daß Landrat Dr. Kracht im Juni 1922 melden konnte, daß im Kreis Norderdithmarschen von der Tätigkeit der KPD nichts zu merken sei.[70] Trotz der nur schwachen Parteitätigkeit erreichten die Heider Kommunisten bei den auf das Jahr 1921 verschobenen Reichstagswahlen in der Stadt immerhin 15,5%. Sie hatten den Großteil des Wählerpotentials der USPD übernommen und profitierten weiterhin von der instabilen Situation der Nachkriegszeit.[71]

Der Zustand der organisatorischen Schwäche änderte sich jedoch 1923. Ausgelöst durch die Inflation und die wirtschaftliche Krisensituation im Reich erfuhr die KPD in ganz Deutschland einen kräftigen Zulauf.[72] Die Partei versuchte die aufgeheizte Stimmung unter der Arbeiterschaft für sich zu nutzen. Dem SPD-Bezirksvorstand in Schleswig-Holstein schlug sie vor, eine gemeinsame Demonstration gegen Teuerung und Wucher zu organisieren. Die Ortsgruppen erhielten die Order, auf lokaler Ebene genauso vorzugehen. Gleichzeitig sollten die SPD-Arbeiter in den Betrieben angesprochen werden, *„um so die SPD in eine Zwangslage zu bringen."*[73] Dieses Vorgehen war strategisch mo-

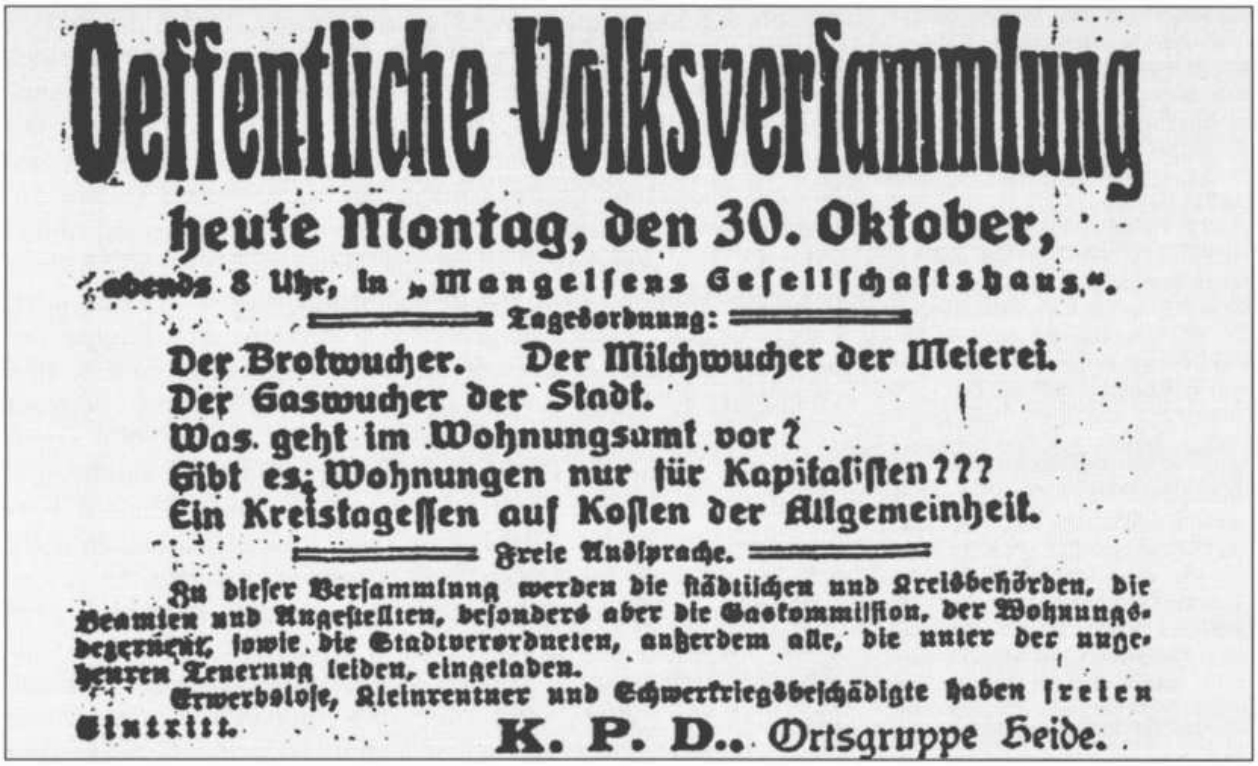
[66] Vgl. D. Siegfried, Preßler 1989, S. 273ff.; U. Büttner, Politik und Entwicklung der KPD in Hamburg 1924-1933, in: A. Voß/U. Büttner/H. Weber, Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923-1933 in Hamburg und im Deutschen Reich, Hamburg 1983, S. 60.

[67] Vgl. Aufstellung über die Verhältnisse der SPD, USPD und Kommunisten in den Kreisen Norder- und Süderdithmarschen v. 3.11.1919, LAS 301/2402.

[68] Vgl. zur Geschichte der USPD in Heide U. Pfeil, Heide, 1995, S. 121ff.

[69] Im September 1921 bestanden in Dithmarschen acht Ortsgruppen der KPD; vgl. Sekretariat des Bezirks Wasserkante an Zentrale der KPD in Berlin v. 7.9.1921, SAPMO-BA RY 1/I3/-16/44.

[70] Vgl. Landrat ND an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 13.6.1922, LAS 309/22923. Diese Feststellung von Kracht stimmt mit der Entwicklung im ganzen Bezirk Wasserkante überein. Während es am 7.9.1921 noch 113 Ortsgruppen im Bezirk gab, waren es im April 1922 nur noch 82 (vgl. SAPMO-BA RY 1/I3/16/40). Die Partei bezahlte für ihre ständigen Richtungswechsel und für die Folgen der blutigen Märzunruhen von 1921, die zu einer regelrechten Austrittswelle führten. Vgl. K. Schönhoven, Reformismus



Oeffentliche Volksversammlung

heute Montag, den 30. Oktober,

abends 8 Uhr, in „Mangelsens Gesellschaftshaus".

Tagesordnung:

Der Brotwucher. Der Milchwucher der Meierei.
Der Gaswucher der Stadt.
Was geht im Wohnungsamt vor?
Gibt es Wohnungen nur für Kapitalisten???
Ein Kreistagessen auf Kosten der Allgemeinheit.

Freie Aussprache.

Zu dieser Versammlung werden die städtischen und Kreisbehörden, die Beamten und Angestellten, besonders aber die Gaskommission, der Wohnungsdezernent, sowie die Stadtverordneten, außerdem alle, die unter der ungeheuren Teuerung leiden, eingeladen.

Erwerbslose, Kleinrentner und Schwerkriegsbeschädigte haben freien Eintritt.

K. P. D., Ortsgruppe Heide.

Heider Anzeiger, 30.10.1922

tiviert und war eine Herausforderung an die Sozialdemokratie, denn die KPD versprach sich von dieser *„Taktik zur Gewinnung der Arbeitermassen durch die Entlarvung des Oppositions- und Republikschwindels der SPD"*[74] die Schaffung einer *„Einheitsfront von unten"* gegen die Sozialdemokratie.[75] In Dithmarschen erwies sich dieses Vorgehen für kurze Zeit als erfolgreich. Die seit Oktober 1922 bestehende Ortsgruppe in Meldorf konnte die SPD als führende Arbeiterpartei der Stadt ablösen.[76]

Durch diesen spürbaren Aufschwung in der Parteiorganisation und der Mitgliederwerbung war die KPD in ganz Deutschland bemüht, revolutionäre Aktionen vorzubereiten. In Sachsen und Thüringen gingen die Kommunisten Koalitionsregierungen mit der SPD ein und erhofften sich dadurch eine verbesserte Ausgangsposition für umstürzlerische Aktivitäten.[77] Die Reichsregierung war schon seit längerer Zeit in Alarmbereitschaft versetzt und hatte bereits am 26. September 1923 den Ausnahmezustand über das ganze Reich verhängt. Am 23. Oktober 1923 ließ der Reichspräsident Reichswehrtruppen in Sachsen einmarschieren und enthob die Regierung ihres Amtes. Auch in Thüringen trat die Regierung zurück. Zur gleichen Zeit kam es in Hamburg zu einem Arbeiteraufstand, in dem ein paar hundert Kommunisten in einem aussichtslosen Kampf gegen die Polizei unterlagen.[78] Den Kommunisten war es damit nicht gelungen, im Reich einen „deutschen Oktober" zu entfesseln.

Auch in Heide war die politische Lage in diesen Tagen sehr angespannt. Am 14. Oktober 1923 wurde die Wohnung von Gustav Bruhn zum wiederholten Male nach antirepublikanischen Drucksachen durchsucht. Die gefundenen Schriften wurden zum Anlaß, Bruhn in Schutzhaft zu nehmen,[79] was die Heider Kommunisten in Aufregung versetzte. In der ganzen Innenstadt sam-

und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989, S. 94f.; A. Voß, Der „Hamburger Aufstand" im Oktober 1923, in:, U. Büttner/A. Voß/H. Weber, Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923-1933 in Hamburg und im Deutschen Reich, Hamburg 1983, S. 22ff.; U. Büttner, Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Hamburg 1985, S. 118ff.

[71] Vgl. J. Winkler, Die soziale Basis der sozialistischen Parteien in Deutschland vom Ende des Kaiserreichs bis zur Mitte der Weimarer Republik 1912-1924, in: AfS 29 (1989), S. 137-171.

[72] Vgl. H.A. Winkler, Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten Deutschen Demokratie, München 1993, S. 199ff.

[73] Vgl. Rundschreiben Nr. 15 des Bezirks Wasserkante v. 13.6.1923, SAPMO-BA RY 1/I3/16/25.

[74] Bezirk Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 2.5.1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/24, Bl. 105.

[75] Vgl. U. Büttner, Politik, 1983, S. 67; K. Schönhoven, Reformismus, 1989, S. 95f.

[76] Vgl. Monatsbericht des Bezirks Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 20.2.1923, SAPMO-BA RY 1/I3/-16/22, Bl. 38.

[77] Vgl. E. Kolb, Die Weimarer Republik, München² 1988, S. 51f.

[78] Vgl. zu den Ereignissen in Hamburg

melten sich Kommunisten in kleinen Gruppen, so daß die Polizei die Sicherheitsmaßnahmen im Gefängnis verstärkte. Sie erwartete eine bewaffnete Aktion zur Befreiung von Bruhn. Der kommunistische Bezirkskommissar für den Bereich Nord-West und Nord, Adolf Reusch, rüstete die Heider Parteimitglieder mit Gewehren und Munition aus, um in der Nacht vom 15. zum 16. Oktober einen Sturm auf das Amtsgerichtsgefängnis zu unternehmen. Ein weiteres Waffenlager soll sich bei dem Maschinensetzer Edmund Delonge in der Mühlenstraße 109 befunden haben. Gegen 23 Uhr drangen zwei kommunistische Trupps, bewaffnet mit Karabinern, in die Innenstadt und näherten sich dem Gefängnis. Es kam zu einer kurzen Schießerei, bei der niemand verletzt wurde.[80] Nach Hausdurchsuchungen wurden zehn Genossen verhaftet.[81] Die Bezirksleitung in Hamburg mißbilligte die Befreiungsaktion für Bruhn wegen der mangelhaften Vorbereitung und wies auf die hohe Zahl der festgenommenen „*Opfer*" hin, „*die wir für den späteren Kampf gebrauchen.*"[82]

Nach den Oktoberaufständen wurde die KPD in ganz Deutschland bis zum 1. März 1924 verboten. Die Partei stand vor einem Scherbenhaufen. Sie verlor viele Mitglieder und Anhänger und war ihrem Ziel, der revolutionären Umgestaltung Deutschlands nach sowjetischem Vorbild so weit entfernt wie nie zuvor. Während im Oktober 1923 noch 108 Ortsgruppen im Bezirk Wasserkante bestanden, waren es im September 1924 nur noch 65. In Heide zählte die Ortsgruppe im Oktober 1923 179, im September 1924 nur noch 69 zahlende und 40 nicht zahlende Mitglieder. Fünf ehemalige KPD-Mitglieder waren zum Stahlhelm gewechselt.[83] In Wesselburen sank die Mitgliederzahl von 250 auf 23 und in Meldorf von 130 auf 30 Mitglieder. Außerdem überwiesen die Ortsgruppen nur sehr unregelmäßig ihre Beträge an die Bezirksleitung.[84] Zum Jahreswechsel 1923/24 konnte Landrat Dr. Kracht in Norderdithmarschen keine Werbetätigkeit der Kommunisten mehr feststellen.[85] In Dithmarschen spielte die Partei vorläufig keine Rolle mehr in der politischen Landschaft, wie sie sich auch selbst im September 1924 eingestand: „*Die Organisation ist im ganzen Unterbezirk sehr mangelhaft, da viele Genossen am Deich arbeiten und beim Dammbau beschäftigt sind. Unter diesen Arbeitern geht jedoch keine Initiative für die Partei aus.*"[86] Bis 1925 verschlechterte sich die Situation weiter, so daß die KPD im Unterbezirk Heide gerade noch 176 Mitglieder zählte;[87] im Unterbezirk Itzehoe waren es immerhin noch 961 Genossen.[88] Die Heider Ortsgruppe war auf 60 Unverzagte geschrumpft.[89] Einige der agitatorisch wirkenden Mitglieder verhielten sich politisch gleichgültig, andere wechselten zur SPD zurück. Dem Versuch zur Gründung einer Ortsgruppe des „Roten Frontkämpferbundes"[90] im Oktober 1924 unter der Führung von Bruhn war nur ein schwacher Erfolg beschieden. Der Bund blieb auch in den folgenden Jahren in Heide unbedeutend[91] und konnte erst während seines Verbots 1930 als „Kampfbund gegen den Faschismus" einen bescheidenen Erfolg verzeichnen. Unter Leitung des Maurers Hermann Braasch zählte er 1930 45 Mitglieder.[92] Wie schmal die Basis der Heider KPD 1925 war, belegen die beiden Wahlgänge der Reichspräsidentenwahlen. Während

aus den Augen eines Teilnehmers das Verhör des kommunistischen Parteisekretärs Willi Selbiger; Hamburger Polizeibehörde an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 13.12.1923, LAS 309/22798.

[79] Vgl. Heider Anzeiger [HA] 242/15.10.1923.

[80] Vgl. HA 243/16.10.1923.

[81] Vgl. HA 244/17.10.1923; Schleswiger Regierungspräsident an Landrat ND v. 23.12.1923, LAS 309/22798.

[82] Vgl. Rundschreiben Nr.36 des Bezirks Wasserkante an alle Ortsgruppen v. 17.10.1923, SAPMO-BA RY 1/I3/16/25.

[83] Vgl. Bericht vom Bezirk Wasserkante v. 9.9.1924, SAPMO-BA RY 1/I3/16/23, Bl. 93/94. Zur gleichen Zeit zählte die SPD etwa 200 Mitglieder, der „Reichsbanner" 45, der Kriegerverein 454, der Stahlhelm 200 und der Wehrwolf 480 Mitglieder, so daß die KPD bereits 1923 zu der Erkenntnis kam, daß „Norder- und Süderdithmarschen zum Herzen der Reaktion" zu werden scheint; vgl. Rundschreiben Nr. 13 des Bezirks Wasserkante v. 29.5.1923, SAPMO-BA RY 1/I3/16/25.

[84] Rundschreiben Nr.31 an alle Ortsgruppen des Bezirks Wasserkante v. 4.9.1922, SAPMO-BA RY 1/I3/16/25; Bericht vom Bezirk Wasserkante v. 9.9.1924, SAPMO-BA RY 1/I3/16/23, Bl. 93/94.

[85] Vgl. Landrat ND an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 18.12.1923 u. 8.1.1924; LAS 309/22695.

[86] Vgl. Bericht des Bezirks Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 9.9.1924, SAPMO-BA RY 1/I3/16/23, Bl. 93/94.

[87] In Dithmarschen bestanden Ortsgruppen der KPD in Brunsbüttelkoog, Heide, Meldorf, Wesselburen, Lunden, St. Michaelisdonn, Stelle und Wöhrden; vgl. Aufstellung über die Außenstände in den Ortsgruppen v. April 1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/59, Bl. 5-8.

[88] Vgl. Wandsbeker Polizeipräsident an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 19.5.1925, LAS 301/4523.

[89] Vgl. Monatsbericht des Bezirks Wasserkante für Januar v. 7.2.1925 an ZK der KPD in Berlin, SAPMO-BA RY 1/I3/16/22, Bl. 140.

[90] Vgl. zum RFB K. Finker, Die Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Berlin (DDR) 2 1982; Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929, Düsseldorf 1975; K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 193ff.

[91] Vgl. Landrat ND an Kieler Oberpräsidenten v. 10.10.1924, LAS 301/4546; Landrat ND an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 6.1.1925, LAS 309/22572; Landrat ND an Kieler

Ernst Thälmann in Heide im ersten Durchgang mit 5,3% genau das Ergebnis der KPD von den Reichstagswahlen im Dezember 1924 erreichte, waren es im zweiten Wahlgang nur noch 3,9%. Die sinnlose Kandidatur Thälmanns veranlaßte einen Teil von kommunistischen Wählern, dem Führer der KPD die Stimme zu verweigern. Dieses Wahlverhalten spricht dafür, daß es unter den Sympathisanten der KPD ein weitaus größeres Potential an republikerhaltenden Kräften gab, als es der Spitze lieb sein konnte.

Ein weiteres Indiz für die nur schwache Bindung von Mitgliedern an die KPD war die schwankende Abonnentenzahl der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung". Parteizeitungen dienen im allgemeinen der Parteiführung als Mittel zur Verbreitung von Parteimeinungen und zum Einschwören der Mitglieder auf die Parteilinie. Demzufolge kann angenommen werden, daß Mitglieder, die sich in krisenhaften Zeiten von ihrem geringen Lohn die Parteizeitung leisten, zum engsten Kreis der jeweiligen Anhänger gehören. Daß Abonnentenzahlen ein Indikator für die gesamte Parteientwicklung sind, zeigte sich bereits bei den Heider Sozialdemokraten vor dem Ersten Weltkrieg. Steigende Mitglieder- und Wählerzahlen korrellierten mit dem Anstieg der Abonnentenzahlen.[93] Ähnliches traf auch für die KPD in der Weimarer Republik zu. In den Wochen vor dem Hamburger Aufstand 1923 stieg die Abonnentenzahl für die „Hamburger Volkszeitung" in Heide auf 70 Leser, doch nach dem Scheitern und dem nachfolgenden desolaten Zustand der Partei fiel sie 1924 wieder auf 30-35 Leser.[94] Bis zum Februar 1925 waren es nur noch neun Unbeirrbare,[95] so daß auf sechs Mitglieder nur ein Leser kam. Nehmen wir die Wählerzahlen der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 (276) als weiteren Korrelationsmaßstab, dann kamen auf einen Leser ca. 27 Wähler. Diese Werte lagen weit unter dem Reichsdurchschnitt[96] und belegen zum einen die These, daß krisenhafte Situationen zwar das Wähler- und Mitgliederpotential der KPD steigen ließen, eine Integration der neuen Anhänger jedoch nur ungenügend gelang. Neumitglieder entsprangen häufig einem jungen Protestpotential, das parteipolitisch noch schwach sozialisiert und sich in einer Art Testphase befand[97] und deshalb der KPD auch wieder schnell verloren ging. Der oben zitierte Wechsel von ehemaligen KPD-Mitgliedern zum Stahlhelm scheint außerdem auf den Wunsch politisch Herumirrender nach festgefügten autoritären Strukturen hinzuweisen, den die nur noch labile und durch Richtungskämpfe geschwächte Gesamtpartei nicht mehr stillen konnte. Zum anderen deuten die Zahlen darauf hin, daß das kommunistische Teilmilieu innerhalb des links-proletarischen Milieus nur sehr schwach ausgeprägt war, von einer *„blühenden* [kommunistischen] *Arbeiterkultur"* zu sprechen, wie es Elisabeth Rehn tut,[98] erscheint deshalb gerade in der ländlichen Kleinstadt Heide weit übertrieben.

Durch die Folgen des Hamburger Aufstandes war die KPD in die Defensive geraten[99] und ging – ausgelöst durch die Hausdurchsuchungen und die Festnahmen – mit ihrer politischen Arbeit in den Untergrund. Zur Sicherung ihres Materials benutzte

Oberpräsidenten v. 29.1.1926, LAS 309/22739; Landrat ND an Kieler Oberpräsidenten v. 22.6. u. 10.8.1926, LAS 301/4547.

92 Flensburger Polizeipräsident an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 20.11.1930, BAP R 58/3622, Bl. 42.

93 Vgl. U. Pfeil, Heide, 1995, S. 50ff.

94 Vgl. Landrat ND an Kieler Oberpräsidenten v. 12.12.1924, LAS 301/-4522.

95 Vgl. Monatsbericht des Bezirks Wasserkante für Januar v. 7.2.1925 an die KPD-Zentrale in Berlin, SAPMO-BA RY 1/I3/16/22, Bl. 140.

96 Vgl. K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 215.

97 Vgl. H. Giesecke, Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, München 1981, S. 81ff.; G. Fiedler, Jugend im Krieg, 1989, S. 160ff.

98 Vgl. M.-E. Rehn, Heider gottsleider, 1992, S. 35.

99 Vgl. K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 87; K. Schönhoven, Reformismus, 1989, S. 98ff.; U. Büttner, Politische Gerechtigkeit, 1985, S. 123.

sie Deckadressen und verlegte Zusammenkünfte von den bekannten Parteilokalen in Privatwohnungen.[100] In der Öffentlichkeit traten Vertreter der KPD vorläufig nur noch bei Veranstaltungen anderer Parteien als Diskussionsredner auf.[101] Diese Vorsichtsmaßnahmen waren zur Aufrechterhaltung der Parteiarbeit erforderlich, da die Polizei diejenigen Kommunisten überwachte, die nach dem Hamburger Aufstand inhaftiert worden waren und nun wieder für die Partei arbeiteten.[102]

Vor diesem Hintergrund erklärt es sich, daß die Agitation für die Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 nur mäßig war[103] und der Partei keinen Erfolg brachte. Bei den Wahlen erlitt die KPD in Heide schwere Verluste (9,7%/-4,8PP), und auch die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am selben Tag muß als Enttäuschung für die Partei gewertet werden (9,4%), obwohl die KPD mit Gustav Bruhn erstmals einen Stadtverordneten stellte. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1921 konnten die Kommunisten in Heide vorerst nicht wieder erreichen. Auch in den ländlichen Gemeinden Dithmarschens war die KPD keine bedeutende politische Kraft mehr, wie Landrat und Bezirksleitung der KPD übereinstimmend feststellten.[104] Einen Großteil der Schuld für die weiterhin desolate Situation in Dithmarschen lastete die Bezirksleitung der Unterbezirksführung in Heide an, die in ihrer Arbeit *„vollständig versagt"* habe.[105] In der politischen Landschaft Heides blieb die KPD stets isoliert. Die bürgerlichen Parteien sahen in der KPD die „Umsturzpartei" und den Vasallen Moskaus auf dem Weg zu einem bolschewistischen Deutschland. Ähnlich verhielten sich SPD, Gewerkschaftsbund und „Reichsbanner", die sich in den 20er Jahren immer weiter von der KPD distanzierten. Eine parteiübergreifende Zusammenarbeit zwischen diesen Organisationen ist nicht nachzuweisen, im Gegenteil sie warnten ihre eigenen Mitglieder vor einer Beteiligung an kommunistischen Veranstaltungen.[106] Eberhard Kolb resümiert die Situation der KPD nach den gescheiterten Putschversuchen auch für Heide zutreffend: *„In den Jahren 1924-30 stellte die KPD keine wirkliche entscheidende Kraft innerhalb der Arbeiterbewegung oder in der größeren politischen Arena dar."*[107]

3.2 Konsolidierung auf schwachem Niveau

Zwischen 1927 und 1930 ist eine Stabilisierung der lokalen Parteiorganisation festzustellen. 1926 hatte der Ortsgruppenvorsitz in Heide gewechselt. Mit dem Fischhändler Paul Schwarz übernahm ein Funktionär diesen Posten, der vorher in gleicher Position in Friedrichstadt für die Partei aktiv war.[108] Schwarz trat wiederholt auf Veranstaltungen anderer Parteien als Diskussionsredner auf.[109] Ende 1927 gab er das Amt des Ortsgruppenvorsitzenden wahrscheinlich auf. Seine Anwesenheit in Heide konnte nicht mehr nachgewiesen werden. Nachfolger wurde der Schlosser Karl Behrens, der die Liste der KPD zu den Stadtverordnetenwahlen im November 1929 anführte.[110] Durch die Passivität der KPD-Mitglieder in Dithmarschen[111] verlief die Stabilisierung jedoch auf einem sehr schwachem Niveau, was wiederholt Anlaß zu Beschwerden seitens der Bezirksleitung war:

„Das Parteileben unserer Ortsgruppen in dem Arbeitsgebiet Heide ist sehr schwach. In diesem Gebiet sind 80% der Mitglie-

[100] Vgl. Rundschreiben Nr.35 des Bezirks Wasserkante an alle Ortsgruppen v. 16.10.1923, SAPMO-BA RY 1/I3/16/25; Rundschreiben Nr.37 des Bezirks Wasserkante an alle Ortsgruppen v. 2.11.1923, SAPMO-BA RY 1/I3/16/25.

[101] Vgl. u.a. HA 273/20.11.1924; 280/28.11.1924; 72/26.3.1925.

[102] Vgl. Organisatorischer Bericht des Bezirks Wasserkante für den Monat November 1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/40.

[103] Vgl. HA 87/12.4.1924; 285/4.12.1924.

[104] Vgl. Landrat ND an Kieler Oberpräsidenten v. 2.10.1926, LAS 301/4542; Bericht des Bezirks Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 19.3.1926, SAPMO-BA RY 1/I3/ 16/41, Bl. 34.

[105] Vgl. Organisatorischer Bericht des Bezirks Wasserkante für den Monat November 1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/40.

[106] Vgl. Landrat ND an Kieler Oberpräsidenten v. 22.6.1926, LAS 301/4547.

[107] E. Kolb, Die Weimarer Republik, 1988², S. 54.

[108] Vgl. Landrat ND an Kieler Oberpräsidenten v. 29.1.1926 u. 25.3.1926, LAS 309/22739, 22718; Schleswiger Regierungspräsident an Landrat ND v. 23.12.1923, LAS 309/22798.

[109] Vgl. HA 181/5.8.1926; 76/31.3.1927; 202/30.8.1927.

der Landarbeiter. Die Genossen Behrens und Sauerwein berichten, daß von 65 Mitgliedern nur 30 die Parteizeitung lesen, in Wöhrden von 17 nur 7, in Meldorf von 30 nur 15. Im [Unterbezirk] Heide hatten wir in einer ganzen Reihe von Ortschaften kommunistische Gemeindevertreter, von denen aber 50% zur SPD übergelaufen seien. Es muß eine Möglichkeit geschaffen werden, daß die Genossen trotz der schlechten wirtschaftlichen Situation die Parteipresse lesen können. Die Ortsgruppen stagnieren, doch gibt es keine nennenswerten Übertritte zur NSDAP."[112]

Obwohl die Heider KPD weiterhin nur schwach in der Arbeiterbewegung verankert war, konnte sie sich am Wiederaufbau der Parteiorganisation in benachbarten Kreisen beteiligen. Gemeinsam mit der Flensburger Ortsgruppe sollten sich die Heider Kommunisten um die Bearbeitung des Kreises Südtondern kümmern, in dem die KPD bisher nur äußerst schwach vertreten war.[113] So halfen die Heider Genossen entscheidend bei der Gründung der kommunistischen Ortsgruppe in Westerland/Sylt im Mai 1928 und sollten auch den Sylter RFB unterstützen.[114]

3.3 Der Kampf um Landarbeiter und Kleinbauern in der Krise

Wegen des verstärkten Auftretens und der ersten Erfolge der NSDAP in Dithmarschen seit 1927 beabsichtigte die KPD eine Ausweitung ihrer Aktivität auf dem Lande. Sie strebte dabei eine Ausdehnung ihres Adressatenkreises an und bezog neben den Landarbeitern auch Kleinbauern und kleine Gewerbetreibende in ihre Bemühungen ein. Sie sollten zusammmen ein *„revolutionäres Bündnis"* gegen die restliche Bauernschaft bilden.[115]

Die lokalen Genossen sollten sich vor allem auf die Zwangsversteigerungen der Bauernhöfe konzentrieren und die Termine den Tageszeitungen entnehmen, um die betroffenen Bauern zu unterstützen. Im Anschluß an eine verhinderte Zwangsversteigerung sollte eine öffentliche Versammlung *„mit der erforderlichen politischen Aufklärung organisiert werden."*[116]

Dieser Kurswechsel vollzog sich, weil die Kommunisten erkennen mußten, daß die NSDAP in Dithmarschen vor allem von dem Protestpotential der Landarbeiter und Kleinbauern profitierte, das sich in der Agrarkrise zuerst der „Landvolkbewegung" anschloß, um nach deren Zusammenbruch in Scharen zur NSDAP überzulaufen.[117] Die KPD mußte sich eingestehen, daß sie dieses Potential bisher völlig verkannt und unterschätzt hatte.[118]

Um dieses Versäumnis aufzuholen, begab sich Christian Heuck nach seiner Amnestierung 1928 gleich wieder nach Wesselburen und verstärkte sofort die Werbetätigkeit der KPD in Dithmarschen.[119] Als erster Erfolg kann die Gründung der Ortsgruppe des RFB im Juli 1928 in Wesselburen gelten.[120] Gustav Bruhn wurde vom ZK der Partei eigens an seine alte Wirkungsstätte nach Dithmarschen geschickt, um für die KPD zu werben.[121] Thematischer Inhalt ihrer Veranstaltungen war die Wirtschaftskrise mit ihren Folgen.[122] Gleichzeitig trat ein ehemaliger NSDAP-Bezirksführer Schmidt für die KPD auf, der *„über die Korruption der Nazis spricht."*[123] Die Resonanz war aber insgesamt nur gering und die Veranstaltungen mäßig besucht.[124] Bis

[110] Vgl. HA 258/2.11.1929.

[111] Vorläufiger Bericht über die faschistische Bewegung in Schleswig-Holstein an das ZK der KPD in Berlin v. 11.8.1929, SAPMO-BA RY 1/I3/16/28, Bl. 70.

[112] Vgl. Bericht über Informationsreise im Bezirk Wasserkante (Schleswig-Holstein) v. 9. bis 16. August 1929 des kommunistischen Mitglieds des Preußischen Landtags Hans Kellermann v. 17.8.1929, SAPMO-BA RY 1/I3/16/23, Bl. 136-140 u. SAPMO-BA RY 1/I3/16/28, Bl. 65-69.

[113] Vgl. Landeskriminalpolizeistelle Flensburg an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 7.4.1928; LAS 309/22781.

[114] Vgl. Landeskriminalpolizeistelle Flensburg an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 18.5.1928, LAS 309/22797; Schleswiger Regierungspräsident an Kieler Oberpräsidenten v. 24.5.1928, LAS 301/4530; Schleswiger Regierungspräsident an Kieler Oberpräsident v. 23.3.1929, LAS 301/4549; H. Voigt, Der Sylter Weg ins Dritte Reich, Münsterdorf 1977, S. 20.

[115] Vgl. Halbjahresplan für die Landarbeit der Partei im Herbst und Winter 1931/32 der Landabteilung des Bezirks Wasserkante, SAPMO-BA RY 1/I3/16/46.

[116] Vgl. Sekretariat des Bezirks Wasserkante an alle Unterbezirke, Arbeitsgebiete, Ortsgruppen und Kommunalfraktionen v. 29.8.1931, SAPMO-BA RY 1/I3/16/46.

[117] Vgl. R. Heberle, Landbevölkerung, 1963; G. Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-33, Düsseldorf 1962; R. Rietzler, „Kampf in der Nordmark". Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1918-1928), Neumünster 1982.

[118] Vgl. Bericht über Informationsreise im Bezirk Wasserkante (Schleswig-Holstein) v. 9. bis 16. August 1929 des kommunistischen Mitglieds des Preußischen Landtags Hans Kellermann v. 17.8.1929, SAPMO-BA RY 1/I3/16/23, Bl. 136-140 u. SAPMO-BA RY 1/I3/16/28, Bl. 65-69.

[119] Vgl. Landrat von Süderdithmarschen (SD) an Kieler Oberpräsidenten v. 16.10.1928, LAS 309/22797.

[120] Vgl. Landrat ND an Kieler Oberpräsidenten v. 23.7.1928, LAS 301/4548.

[121] Vgl. Schleswiger Regierungspräsi-

dent an Kieler Oberpräsidenten v. 3.12.1928, LAS 301/4530.

[122] Vgl. LAS 301/4531; M. Keßler, Die kommunistische Linke und die Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 32-33/94 (12.8.1994), S. 20-30.

[123] Vgl. Politischer Sonderbericht des Bezirks Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 15.11.1929, SAPMO-BA RY 1/I3/16/22, Bl. 346.

[124] Vgl. Landrat ND an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 23.5.1929, LAS 301/4530.

[125] Vgl. Präsident der Landeskriminalpolizei Flensburg an Kieler Oberpräsidenten v. 6.12.1929, LAS 301/4532.

[126] Vgl. Preußischer Minister des Innern an Reichsminister des Innern v. 31.12.1931, BAP St 10/157, Bd.7a, Bl. 359/360.

[127] Vgl. Regierungspräsident Schleswig an Kieler Oberpräsidenten vom 22.10.1929, LAS 301/4557.

[128] Flensburger Polizeipräsident an Schleswiger Regierungspräsident v. 25.1.1930, LAS 309/22998; vgl. auch SHTZ 51/28.2.1930.

[129] Vgl. K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 159.

[130] Vgl. HA 27/2.2.1921.

[131] Vgl. HA 250/24.10.1929.

[132] Vgl. HA 258/2.11.1929.

Ende 1929 kam die KPD in Heide nicht über 70 Mitglieder hinaus.[125] Trotz der verstärkten Bemühungen blieb die Partei in den ländlichen Gebieten weiterhin sehr schwach und besaß als alleinige Stützpunkte nur Heide und Wesselburen.[126] Der KPD gegenüber stand eine sich im Aufwind befindende NSDAP, deren Heider Ortsgruppe im Oktober 1929 126 Mitglieder zählte und damit an fünfter Stelle in Schleswig-Holstein stand.[127] Schon drei Monate später hatte sich ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelt. Die Heider NSDAP zählte im Januar 1930 321 Mitglieder und stellte im Bereich des Flensburger Polizeipräsidenten die stärkste Ortsgruppe dieser Partei.[128]

Der Vergleich der Mitgliederzahlen verdeutlicht, daß die Kommunisten den politischen Kampf gegen die NSDAP bereits verloren hatten, als sie ihn begannen. Die Nationalsozialisten hatten das Protestpotential im ländlichen Dithmarschen wesentlich früher als die KPD erkannt. Ihnen gelang in weit größerem Maße die Bindung von Wählern und Mitgliedern an die Parteiorganisationen, so daß sie bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 in Norderdithmarschen 68,4% und in Heide 50,8% erzielten, wohingegen die KPD in Heide 0,9% verlor und nur noch auf 9,2% kam. Ursache für den Mißerfolg der KPD bei der Gewinnung von Kleinbauern war außerdem der Widerwille vieler Parteigenossen, sich für eine Klientel einzusetzen, die dem Bild der KPD von der Partei der Arbeiterklasse widersprach.[129]

Der nur mäßige Erfolg der KPD in bäuerlichen und mittelständischen Kreisen wird durch den Blick auf die Sozialstruktur der Partei bestätigt. Analysegrundlage sind die Vorschlagslisten zu den Kreistags- bzw. Stadtverordnetenwahlen, da Mitgliederlisten nicht vorliegen. Es handelt sich also um einen Mitgliederausschnitt, der sich nur zur Formulierung einer Tendenz eignen kann. Ein erster Blick soll auf die Kandidaten für die Kreistagswahl 1921 geworfen werden.[130] Die KPD erweist sich als nahezu homogene Arbeiterpartei. Von den 21 aufgeführten Personen waren 16 Arbeiter; damit unterschied sie sich nicht sonderlich von SPD (14) und USPD (17). Auffällig ist dagegen, daß sich für die USPD bedeutend mehr Landarbeiter (10) engagierten als für KPD (3) und SPD (3). Im Gegensatz zu SPD (1) und USPD (1) zählte die KPD mehr ungelernte Arbeiter (4). Außerdem konnte die SPD eine schwache Anhängerschaft unter den Angestellten (3) gewinnen. Dieses Bild hatte sich auch bis 1929 nicht wesentlich geändert.[131] Weiterhin wiesen SPD (17) und KPD (19) eine eindeutige Arbeitermehrheit auf, wobei der Anteil der Ungelernten bei der KPD (6) leicht über dem der SPD (4) lag. Diese Zahlen für Dithmarschen werden durch die Listen der Heider Stadtverordnetenwahlen grundsätzlich bestätigt.[132] Auffällig ist nur, daß die KPD deutlich mehr ungelernte Arbeiter (9) aufstellte als die SPD (0). Diese Werte könnten auf eine unterschiedliche Mitglieder- und Wählerstruktur der beiden Arbeiterparteien schließen lassen. Es scheint so gewesen zu sein, daß in der SPD eher kleine Angestellte und Facharbeiter zu finden waren, während in der KPD die ungelernten Arbeiter ihre politische Heimat fanden.[133] Die KPD war damit auch in Dithmarschen und Heide eine homogene Arbeiterpartei, die – anders als die SPD –

im neuen Mittelstand nicht Fuß fassen konnte. Ebensowenig konnte sie Anhänger unter den Kleinbauern gewinnen, die besonders in Dithmarschen mit der NSDAP sympathisierten. Mit dieser Sozialstruktur stand sie in Kontinuität zur wilhelminischen Sozialdemokratie. Sie vereinigte zwar mehr ungelernte Arbeiter, war aber auch keine Partei der Deklassierten.[134]

Die KPD konnte außerdem erkennen, daß eine Verbesserung der Wahlergebnisse nicht zwangsläufig an eine Ausweitung der Organisation gekoppelt war.[135] Nachdem die Partei bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 mit 5,3% ihren absoluten Tiefpunkt in Heide verzeichnet hatte, ging es 1928 (8,3%) und 1930 (10,1%) zwar stetig bergauf; unterbrochen wurde dieser Trend bei den Kommunalwahlen am 17. November 1929, bei denen die KPD in der Stadt Heide nur 6,0% erzielte. Sie konnte also nicht von einem steigenden festgefügten Wählerstamm ausgehen. Noch im Dezember 1931, also kurz vor dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, war es der Partei nicht gelungen, das gestiegene Protestpotential an die Parteiorganisation zu binden, wie aus dem folgenden Bericht für die Hamburger Polizeibehörde hervorgeht:

„Angesichts der Wahlerfolge der Partei hätte eine Stärkung der politischen Schlagkraft der Partei, ein erheblicher Aufschwung des Mitgliederbestandes und eine Hebung der Aktivität der Parteimitgliedschaft eintreten müssen. Dieses ist jedoch nicht eingetreten. Es ist der Partei nicht gelungen, ihre Wahlerfolge auszuwerten. Ebensowenig ist es ihr gelungen, Einfluß bei den organisierten Mitgliedern der SPD oder NSDAP, bei den Belegschaften größerer Privat- und Staatsbetriebe, unter den Angestellten, dem Mittelstand, den Erwerbslosen zu gewinnen."[136]

In die gleiche Richtung ging auch der zum selben Zeitpunkt formulierte Vorwurf der Bezirksleitung an die Mitglieder, zu wenig Parteizeitungen zu abonnieren: *„Kein Parteigenosse kann seinen Parteipflichten genügen, wenn er sich nicht laufend in unserer Zeitung über alle Fragen des Klassenkampfes orientiert.*"[137] Unverkennbar gelang es der KPD selbst in der Krisensituation nicht, die Arbeiterschaft in dem erwarteten Maße an die Partei zu binden. Gerade das Beispiel der Parteipresse ist ein Hinweis dafür, daß sich die Genossen an der Basis weit weniger mit der kommunistischen Programmatik beschäftigten als es die Partei wünschte. Dem einfachen KPD-Mitglied in der ländlichen Provinz war die Sicherung des Lebensunterhalts wesentlich wichtiger als die Beschäftigung mit den Theorien des Klassenkampfes. Dieser Realität standen die durchaus beachtlichen Wahlergebnisse der KPD gegenüber, die in der Parteileitung zu einer Selbsttäuschung über die eigene Stärke führte.[138] Die Stimmabgabe für die KPD – und das trifft auch für Dithmarschen und Heide zu – war jedoch oft nur Ausdruck des Verlangens nach einer tiefgreifenden Verbesserung ihrer eigenen Lage.

3.4 KPD und NSDAP im Wettstreit um die Arbeitslosen

Besonders die Erwerbslosen erwarteten in ihrer oft hoffnungslosen Situation eine grundlegende Änderung. Dieses Protestpotential wollte sich die KPD nicht entgehen lassen, wie aus einem Rundschreiben des Bezirks Wasserkante vom Januar 1932 her-

[133] Vgl. H.A. Winkler, Weimar, 1993, S. 352.

[134] Vgl. S. Neumann, Parteien in der Weimarer Republik, Stuttgart[5] 1986, S. 94; K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 94ff.

[135] Vgl. H.A. Winkler, Weimar, 1993, S. 484.

[136] Vgl. Bericht über die Kassierer- und Org-Leiter-Konferenz des Bezirks Wasserkante am 28.11.1931, die „eine durchaus zuverlässige Auskunftsperson" für die Hamburger Polizeibehörde erstellt hat; Polizeibehörde Hamburg an Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern in Berlin v. 10.12.1931, BAP St 10/32, Bd.1a, Bl. 331-334.

[137] Vgl. Bezirksleitung Wasserkante an alle Stadtteile, Unterbezirke, Ortsgruppen und Zellen v. 21.12.1931, BAP St 10/32, Bd.1a, Bl. 355.

[138] Vgl. G. Paul/K.-M. Mallmann, Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995, S. 340; K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 92. Hier auch folgendes Zitat.

vorgeht: *„Die Erwerbslosen gehören in die Front der Arbeiterklasse und dürfen sich nicht von den Lakaien des Faschismus, SPD, Nazis, mißbrauchen lassen.“*[139] Wieder war es die Lethargie der Parteimitglieder gewesen, die einen größeren Erfolg der KPD unter den Erwerbslosen verhindert hatte. Im Dezember 1931, kurz vor dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, hatte die Bezirksleitung ein Verhalten der Parteibasis beklagt, das einem politischen Offenbarungseid gleichkam:

„Rückgang der Agitation unter den Erwerbslosen auf einen kaum nennenswerten Standpunkt [...]. Fast völlige Einschränkung aller illegalen Demonstrationen, nicht etwa wegen der bestehenden Verbote, wegen der Bestrafung, die die Teilnehmer bei einer etwaigen Verhaftung zu erwarten haben, sondern weil die geringe Teilnahme der Parteimitgliedschaft an solchen illegalen Demonstrationen der nicht interessierten Öffentlichkeit gegenüber stets lächerlich wirken muß.“[140]

Diese Apathie der Mitglieder unterschied die KPD von ihrem stärksten Konkurrenten im politischen Kampf um die Erwerbslosen: der NSDAP. Ähnlich wie bei dem Bemühen um die Kleinbauern erkannten die Kommunisten zu spät, daß die Einbindung der Erwerbslosen in die Partei ein starkes Engagement erfordert. Es schien, als ginge die KPD fast wie selbstverständlich davon aus, daß die Erwerbslosen zu ihr strömen würden. Diese Annahme erwies sich jedoch als Trugschluß, so daß die Partei sich bemühen mußte, anfangs verlorenes Terrain von den Nationalsozialisten zurückzugewinnen: *„Es steht aber fest, daß uns die Nazis das proletarische Element weggenommen haben, und daß sich unsere Partei vor dieser Bewegung verkriecht.“*[141] Diese Aussage des KPD-Funktionärs Hans Kellermann verdeutlicht, daß die im folgenden zitierte These von Kurt Finker kaum uneingeschränkt zutrifft: *„Es besteht wohl kein Zweifel, daß die KPD die faschistische Bewegung von Anfang an entschiedener bekämpft hat als dies Sozialdemokratie und bürgerliche Demokratie taten.“*[142] Sicherlich ist diese Behauptung in bezug auf die Bürgerlichen zutreffend; generell stellt sich jedoch die Frage nach der Meßbarkeit des „entschiedenen“ Kampfes gegen die NSDAP. Wie die folgenden Beispiele und Ausführungen über die Zeit nach 1933 zeigen werden, war es eher so, daß die NSDAP die KPD zu ihrem erbittertsten Gegner gemacht hatte. Daraus resultierend waren die Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien am heftigsten. Die zunehmende Brutalisierung ging einher mit der zunehmenden Stärke der nationalsozialistischen Organisation und erreichte ihren Höhepunkt, als der NSDAP nach der Machtübertragung die staatlichen Instanzen für die Verfolgung der politischen Gegner zur Verfügung standen. Daß die KPD davon am stärksten betroffen war, ist unbestritten und zeigte sich auch in Heide.

Die Nationalsozialisten in Dithmarschen waren mit ihrem dichten Organisationsnetz schon Ende der zwanziger Jahre in der Lage, sich um die Nöte der Erwerbslosen zu kümmern. Eine wichtige Rolle spielte dabei die SA, der es mehr als der Gesamtpartei gelang, Arbeiter für sich zu gewinnen. Dies erreichte sie u.a. durch die Schaffung von Versorgungsstellen für Arbeitslose.

[139] Vgl. Rundschreiben an alle Stadtteile, Unterbezirke, Zellen und Ortsgruppen des Sekretariats der KPD Wasserkante v. 27.1.1932, SAPMO-BA RY 1/I3/16/43.

[140] Vgl. Bericht über die Kassierer- und Org-Leiter-Konferenz des Bezirks Wasserkante am 28.11.1931, die „eine durchaus zuverlässige Auskunftsperson“ für die Hamburger Polizeibehörde erstellt hat; Polizeibehörde Hamburg an Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern in Berlin v. 10.12.1931, BAP St 10/32, Bd.1a, Bl. 331-334; U. Büttner kann für den gesamten Bezirk Wasserkante nachweisen, daß die KPD unter den Erwerbslosen nur geringe Erfolge verzeichen konnte; vgl. dies., Politik, 1983, S. 102ff.

[141] Vgl. Bericht über Informationsreise im Bezirk Wasserkante (Schleswig-Holstein) v. 9. bis 16. August 1929 des kommunistischen Mitglieds des Preußischen Landtags Hans Kellermann v. 17.8.1929, SAPMO-BA RY 1/I3/16/23, Bl. 136-140 u. SAPMO-BA RY 1/I3/16/28, Bl. 65-69.

[142] K. Finker, KPD und Antifaschismus 1929 bis 1934, in: ZfG 41 (1993) 5, S. 389.

Hilfreich waren die seit Ende 1930 im ganzen Reich entstehenden SA-Küchen und Heime[143] wie auch das am 13. Oktober 1931 in Heide eröffnete.[144] Das typische SA-Heim wurde zumeist in Eigenleistung errichtet oder renoviert und bestand aus einer Küche, Vorratskammern, einem Aufenthaltsraum, der gleichzeitig als eine Art Bereitschaftslokal fungierte, sowie Betten und Spinden in kärglich möblierten Schlafsälen. Den eigentlichen Zweck dieser Heime nennt Peter Longerich: *„Die SA-Heime hatten eine Doppelfunktion: Sie waren zum einen Anziehungspunkt für arbeitslose Jugendliche und junge Männer, die kein Zuhause hatten; gleichzeitig wurden diese hier zu einer permanent einsatzbereiten Alarmtruppe formiert.“*[145] Diese Beschreibung von Longerich trifft exakt auf das Heider SA-Heim zu, wie der folgende Abschnitt aus dem „Heider Anzeiger“ zeigen wird:

„An den Aufenthaltsraum schließt sich ein kleinerer Schlafraum an, der Gelegenheit zum Übernachten für fünf Personen bietet. Dieser Raum soll billigst an Nationalsozialisten vermietet werden, die damit zugleich die Verpflichtung übernehmen, durchreisende Nationalsozialisten zu beherbergen. Auf der anderen Seite des Flurs befindet sich vorn eine Buchhandlung der Nationalsozialisten, dahinter das SA-Geschäftszimmer, und dahinter schließlich eine Küche, die gleichzeitig als Sammelraum für die geplante Lebensmittelverteilungsstelle gedacht ist.“[146]

Die NSDAP wurde durch ihre Aktionen zu einer Art Wohlfahrtsorganisation für Arbeitslose und erwarb sich einen Vertrauensvorschuß, den die KPD nur noch schwerlich aufholen konnte.

Erst nach der Überwindung der innerparteilichen Streitigkeiten des Jahres 1928 im Bezirk Wasserkante[147] konnte die KPD zu einer breiteren Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten übergehen. So war festzustellen, daß die KPD zu den Reichstagswahlen 1930 auch in Heide wieder offensiver antrat und die „Verelendung der Massen“ und die steigenden Arbeitslosenzahlen in den Mittelpunkt ihrer Agitation stellte.[148] Am 12. Januar 1930 fand in Heide eine Erwerbslosenkonferenz der KPD für Schleswig-Holstein statt, die von Christian Heuck geleitet wurde. Auf dieser Konferenz wurde für den 1. Februar 1930 ein Sternmarsch der Erwerbslosen aus der gesamten Provinz nach Hamburg beschlossen, um gegen den Hunger der Arbeiter zu demonstrieren.[149] Als sich Ende Januar die Teilnehmer auf den Weg machten, wurden sie von der Polizei aufgehalten. Die Dithmarscher Kommunisten wurden zwischen Heide und Meldorf von der Polizei abgefangen und nach Heide gebracht, wo sie die Polizei freiließ.[150] Dieses Ereignis lieferte der KPD Material für eine verschärfte Kritik an dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Heinrich Kürbis, dem Verrat an der Arbeiterklasse vorgeworfen wurde. Die ständigen Konfrontationen zwischen SPD und KPD, zumeist hervorgerufen durch die provozierende Haltung der Kommunisten, verschärften ihre ablehnende Haltung gegenüber dem bestehenden Staat und vertieften ebenso den Graben zwischen den beiden Arbeiterparteien.[151]

Das gestiegene Aggressionspotential führte nicht selten zu schweren Zusammenstößen.[152] Nicht immer verliefen die Aus-

[143] Vgl. P. Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 127ff.; C. Fischer, The rise, 1995, S. 58f.; M. Matthiessen, Erinnerungen, Meldorf 1980, S. 139.

[144] Vgl. HA 241/14.10.1931.

[145] P. Longerich, Die braunen Bataillone, 1989, S. 128.

[146] HA 241/14.10.1931; vgl. auch SHTZ 243/16.10.1931.

[147] Hierbei ging es um die Unterschagung von Parteigeldern durch den Funktionär John Wittorf; vgl. Kapitel 3.6.

[148] Vgl. HA 110/12.5.1930; 179/2.8.1930.

[149] Vgl. Polizeipräsident der Landeskriminalpolizeistelle Flensburg an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 15.1.1930, LAS 309/23056.

[150] Vgl. Landrat ND an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 22.2.1930, LAS 309/23056.

[151] HA 213/11.9.1930.

[152] Politischer Sonderbericht des Bezirks Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 15.11.1929, SAPMO-BA RY 1/I3/16/28, Bl. 75.

Rote Einheitsfront
gegen Brünings »eiserne Front« und
Nazi-Terror ist das Gebot der Stunde
Darüber spricht am 11. Januar 1932 20. Uhr
im Lokal Wagner in Meffen
der Referent: Raible, Berlin, ehemaliger Lehrer an den Parteischulen der SPD.
KPD / Ortsgruppe Heide

einandersetzungen so harmlos wie in dem folgenden im „Heider Anzeiger" vom 8. Januar 1932 geschilderten Fall:

„Die politischen Reibereien haben sich gestern den ganzen Tag über fortgesetzt. Belebter als sonst waren die Hauptverkehrsstraßen. Es standen kleinere Trupps herum, die sich bei Begegnungen anrempelten. So kam es zu kurzen kleinen Kämpfen. In den Abendstunden hatten sich die Trupps vergrößert. U.a. waren auch mehr Kommunisten als sonst erschienen. Die Schlägereien, die sich hie und da entwickelten, mußten teilweise von der Polizei abgestoppt werden. Um die Kämpfenden zu trennen, war es nötig, zeitweise den Zugang zum Markt durch die Friedrichstraße abzusperren. Die Polizei wurde in ihren Aktionen von der Landjägerei unterstützt. Der Gummiknüppel mußte dabei öfter geschwungen werden. Die Ruhe war gegen 11 Uhr wieder hergestellt."[153]

Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten war die sogenannte „Blutnacht von Wöhrden" im März 1929 gewesen.[154] Als in dem Heider Nachbardorf SA und Kommunisten aufeinandertrafen, starben bei den Handgreiflichkeiten zwei SA-Männer und ein Kommunist. Beide Seiten nutzten den Zusammenstoß zur propagandistischen Ausschlachtung. Hitler kam extra aus München, um an den Gräbern der beiden SA-Männer zu sprechen. Die NSDAP bekam ihre Märtyrer, die, wie Hitler formulierte, eine *„Opfergabe für ein neues deutsches Vaterland"* seien.[155]

Die KPD sah in dem Zusammenstoß keine Reaktion auf örtliche Vorgänge, sondern eine Verschärfung der Gesamtlage auf dem Weg zu einer *„faschistischen Diktatur"*: Der Zusammenstoß sei *„ein Ausdruck des in den faschistischen Organisationen ge-*

[153] HA 6/8.1.1932; vgl. auch HA 152/1.7.1932; E. Kracht, Aus meinem Leben, 1986, S. 121f.

[154] Quellen: LAS 301/4506-07, 309/22875, 309/22919; Anklageschrift des Oberstaatsanwalts zu Altona v. 1.9.1929, LAS 301/4507; E. Deuerlein (Hg.), Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1968, S. 298ff.; K.A. Lankheit (Hg.), Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd.III/2 (März 1929-Dezember 1929); München / New Providence / London / Paris 1994, S. 105-114; nationalsozialistische Darstellungen u.a. in: NSDAP-Broschüre „Die Blutnacht von Wöhrden und ihre Folgen", Itzehoe 1929; 10 Jahre Ortsgruppe Heide, Heide 1936; H. Beeck, Meine politischen Erinnerungen 1909-1939, ms. Manuskript (FS HH), S. 61ff.; M. Matthiessen, Erinnerungen, 1980, S. 84ff.; in der Historiographie, G. Stoltenberg, Politische Strömungen, 1962, S. 147f.; R. Rietzler, „Die Blutnacht von Wöhrden". Zur nationalsozialistischen Propaganda der Gewalt, in: Journal für Geschichte 1 (1983), S. 4-7/58f.; W. Kopitzsch, Politische Gewalttaten in Schleswig-Holstein, in: E. Hoffmann/P. Wulf (Hg.), „Wir bauen das Reich". Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1983, S. 27f.; U. Karstens, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Dithmarschen 1925-1930 (Examensarbeit), Kiel 1984, S. 175ff.; P. Longerich, Die

züchteten Geistes und des Willens der Faschisten, gegen die Arbeiterschaft aggressiver vorzugehen,"[156] schrieb der Bezirk Wasserkante in einem Rundbrief. Aufgrund dieser Interpretation wurde auch die Beerdigungsfeier zu einer symbolischen und machtvollen Demonstration genutzt, die die Gegner warnen und nach innen identitätsstiftend wirken sollte.[157] Von Heide aus setzte sich ein Zug mit Schalmeienkapelle, roten Kränzen und Sowjetflaggen in Richtung Wöhrden in Bewegung. Als Ausdruck der Stärke waren uniformierte Mitglieder der „Roten Marine" anwesend, die am Friedhof mit der zur Faust geballten rechten Hand Spalier standen. Die ganze Veranstaltung ähnelte mit ihrem militärischen und disziplinierten Erscheinungsbild in erstaunlichem Maße den nationalsozialistischen Beerdigungsfeiern. Sie war ebenfalls Ausdruck einer zunehmenden Brutalisierung der politischen Kultur und beabsichtigte, dem Tod des jungen Kommunisten einen Sinn zu geben, der als *„Kämpfer für die kommunistische Idee"* beerdigt wurde.[158] Wie schon angedeutet, wies auch die kommunistische Symbolik aus dem Weltkrieg übernommene martialische Züge auf, die die politische Auseinandersetzung in der Weimarer Republik zu einem ständigen Bürgerkrieg machte.

Während die „Blutnacht von Wöhrden" ein Meilenstein für die NSDAP bei ihrem rasanten Aufstieg an der Westküste wurde, lassen sich für die KPD keine nachhaltig positiven Konsequenzen erkennen. Die Nationalsozialisten schafften bei den Kommunalwahlen im November 1929 ihren endgültigen Durchbruch und erreichten in Heide 14% (Reichstagswahl 1928: 12,6%); die KPD verlor hingegen an Anhängern und kam nur auf 6% (1928: 8,3%). Ein wichtiger Grund für diese unterschiedliche Entwicklung war, daß sich die Nationalsozialisten beim Bürgertum als letzte Bastion gegen die „rote Flut" präsentieren konnten. Die Kommunisten mußten erkennen, daß sie in Dithmarschen bei der Stärke der NSDAP nicht die gewünschten Erfolge verzeichnen konnten.[159] Die Einsicht, daß ihr mit dem Aufstieg der NSDAP eine ganz neue Gefahr entstand, war bei der KPD jedoch nicht zu verzeichnen.

In den letzten Jahren der Weimarer Republik, zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, befand sich die KPD in einer reaktiven Position und war nur in der Lage, die NSDAP durch destruktive Aktionen zu behindern. So zerstörten Heider Kommunisten die NSDAP-Dekoration anläßlich des Wehrsporttags der SA in Heide während des Reichstagswahlkampfes im Juli 1932.[160] Vor dem Heider Arbeitsamt versuchten Kommunisten am 24. Juni 1932, einige nationalsozialistische Flugblätterverteiler mit Gewalt am Austeilen von Flugblättern zu hindern. Die Polizei mußte einschreiten, um die beiden Parteien zu trennen.[161] Während die NSDAP bemüht war, durch Aktionen zugunsten der Arbeitslosen deren Unterstützung zu gewinnen, z.B. durch die Organisierung eines Weihnachtsfestes Ende 1932 zur Verteilung der Einnahmen an arbeitslose und bedürftige Parteimitglieder,[162] gelang der KPD nichts Vergleichbares. So blieb ihr Einfluß bei den notleidenden Arbeitslosen beschränkt. SPD und Gewerkschaften banden weiterhin eine große Zahl aus dieser Schicht;

braunen Bataillone, 1989, S. 76.; U. Pfeil, Heide, 1995, S. 271ff.

[155] Schleswig-Holsteinische Tageszeitung [SHTZ] 61/14.3.1929.

[156] Vgl. zu Forderungen und Organisation der Hungermärsche am 25.2.1931 den Rundbrief Nr.31 des Bezirks Wasserkante v. 10.2.1931, SAPMO-BA RY 1/I3/16/43.

[157] Vgl. zur kommunistischen Symbolik und Festinszinierung K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 220ff.

[158] Vgl. zur Beerdigungsfeier HA 60/12.3.1929.

[159] Vgl. Bezirk Wasserkante an das Pol.-Büro der KPD in Berlin v. 18.11.1929 SAPMO-BA RY 1/I3/16/32, Bl. 18.

[160] Vgl. HA 165/16.7.1932.

[161] Vgl. HA 24.6.1932.

[162] Vgl. HA 302/24.12.1932.

die NSDAP erwarb sich bei ihnen neue Sympathien, so daß sich die Erwerbslosen nicht im erhofften Maße den Kommunisten anschlossen, wie aus einem Rundschreiben des Bezirks Wasserkante vom Januar 1932 hervorgeht: *„Noch aber steht die Bewegung in ihrem organisatorischen Umfang noch in keinem Verhältnis zu der Masse der vorhandenen Erwerbslosen.“*[163]

Daß die KPD in Heide Schwierigkeiten hatte, eine aktive Position einzunehmen, lag jedoch nicht nur an der falschen politischen Taktik, sondern sicher auch an der harten Haltung der Behörden gegenüber der Partei bei geplanten Veranstaltungen. Regierungspräsident, Landrat und Heider Bürgermeister arbeiteten wiederholt Hand in Hand bei dem Verbot von kommunistischen Versammlungen.[164] Rechtliche Grundlage für ihr Vorgehen war dabei das Gesetz zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922 und vor allem die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931. Die Heider KPD konnte sich bei den Verboten nur durch kleine Nadelstiche gegen die Polizei an ihre Anhänger wenden, wie eine Aktion nach einer verbotenen Veranstaltung mit Ernst Thälmann zeigte: Christian Heuck sei immer nur soweit gekommen mitzuteilen, *„daß die Demonstration und Versammlung verboten wären, daß man damit ihnen die Wahlagitation unmöglich machen wolle und daß seine Anhänger jetzt wissen müßten, was sie zu wählen haben,“*[165] teilte der entsprechende Polizeibericht mit.

Der Eindruck einer verschärften Verfolgung durch die Staatsorgane verstärkte sich nach dem „Preußenschlag“ 1932 auch in Heide weiter.[166] Nachdem eine Erwerbslosenveranstaltung in der Gastwirtschaft „Butenschön“ in der Tivolistraße vom Landrat untersagt worden war,[167] kam es am Morgen des 26. Juli 1932 zu Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Parteimitgliedern, bei denen Schuß- und Stichwaffen sichergestellt wurden, so daß die Ordnungsbehörden Strafverfahren einleiteten.[168] In dieser Situation blieb der KPD nichts anderes übrig als bei Versammlungen der politischen Gegner aufzutreten und mit Parteimaterial vorsichtig umzugehen, um bei Hausdurchsuchungen keinen Vorwand für weitere Verfolgungen zu bieten.[169] Bei den KPD-Mitgliedern entstand das Gefühl fortwährender Verfolgung bereits in der Weimarer Republik und verfestigte später das Gefühl der Gleichartigkeit von bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur.

Das Gefühl der Bedrohung der Existenz bei Betätigung für die KPD war sicherlich auch eine Ursache dafür, daß die Partei nicht im von ihr gewünschten Maße von der Weltwirtschaftskrise profitieren konnte. Insgesamt waren die Gründe für diesen Mißerfolg aber vielschichtig: parteiinterne Schwierigkeiten, eigene Selbstüberschätzung, die irrige Annahme, daß Arbeitslose automatisch zur KPD stoßen würden, und unzureichende Arbeit an der Basis verhinderten, daß die Kommunisten in gleichem Maße wie die NSDAP von der krisenhaften Situation profitieren konnten. Dieser These scheint zu widersprechen, daß die Zahl der arbeitslosen Mitglieder innerhalb der KPD spürbar anstieg. Im Bezirk Wasserkante sank die Zahl der Betriebsarbeiter zwischen 1928 und September 1932 von 59,8% auf 13,7%.[170] Gleichzeitig

[163] Vgl. Rundschreiben an alle Stadtteile, Unterbezirke, Zellen und Ortsgruppen des Sekretariats der KPD Wasserkante v. 27.1.1932, SAPMO-BA RY 1/I3/16/43.

[164] Landrat Dr. Kracht schreibt in Anlehnung an den Regierungspräsidenten: „[...] noch dazu von Anhängern einer politischen Richtung, die Anordnungen der Polizei oft nur schwer zu folgen pflegt und es in letzter Zeit häufig zu tätlichen Widersetzlichkeiten gegen Polizeibeamte hat kommen lassen“; vgl. Schreiben des Landrats ND an Heider Polizeiverwaltung v. 12.9.1930, Stadtarchiv Heide [StA Hei] II/690; Schreiben der Heider Polizeiverwaltung v. 28.8.1930, StA Hei II/692.

[165] Bericht der Polizei an den Landrat ND v. 7.11.1929, StA Hei II/690; vgl. auch HA 259/4.11.1929.

[166] Am 17. Juli 1932 war es in Altona zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen. Daraufhin setzte Reichskanzler von Papen die rechtmäßige preußische Regierung unter Otto Braun ab und ernannte sich verfassungswidrig zum Reichskommissar für Preußen. Damit hatte er der nationalsozialistischen Machtübernahme vorgearbeitet.

[167] Vgl. HA 172/25.7.1932.

[168] Heider Bürgermeister an Landrat ND v. 26.7.1932, StA Hei II/686; HA 173/26.7.1932; Landrat ND an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 26.7. 1932, LAS 309/22813.

[169] Bezirk Wasserkante an alle Unterbezirke, Stadtteile und Massenorganisationen v. 2.4.1931, BAP St 10/42, Bd.1, Bl. 452/453.

[170] Vgl. U. Büttner, Politik, 1983, S. 102; vgl. Aufstellung für den Bezirk Wasserkante v. Oktober 1929, SAPMO-BA RY 1/I3/16/60, Bl. 205.

konnte die KPD bei den Reichstagswahlen im November 1932 auch in Heide Stimmengewinne (12,2%) verzeichnen.

Die Annahme, daß die KPD in erheblichem Maße Arbeitslose an sich binden konnte, ist jedoch nur bedingt stichhaltig. Auch wenn die KPD Verbesserungen bei den Wahlergebnissen verzeichnen und der SPD Anhänger abnehmen konnte, schien ihr eine feste Bindung dieser Neuerwerbungen nur bedingt bzw. nur in einzelnen Regionen gelungen zu sein.[171] Allgemein kann aber formuliert werden, daß die KPD trotz Weltwirtschaftskrise keine festgefügte Anhängerschaft hinter sich bringen konnte, um eine revolutionäre Umwälzung bewerkstelligen zu können. Durchgängig war eine große Fluktuation bei den Mitgliedern festzustellen.[172] Neumitglieder gehörten häufig zur Gruppe der „*Konjunkturritter*",[173] die ihren Protest kurzfristig mit dem Parteieintritt in die KPD ausdrückten, doch von der Partei nicht gehalten werden konnten. Für diese These spricht das enttäuschende Abschneiden Thälmanns bei den Reichspräsidentenwahlen 1932. Während er in Heide im ersten Durchgang noch 11% erzielte, waren es im zweiten Wahlgang gerade noch die Hälfte (5,6%). Offenbar konnte Thälmann im zweiten Durchgang nicht mehr alle kommunistischen Wähler zur Wahlurne bewegen; ein Teil wanderte vermutlich zu Hitler.[174] Wie schon 1925 herrschte bei vielen Wählern ein pragmatischer Opportunismus vor, so daß von einem zunehmenden festgefügten Wählerstamm nicht die Rede sein kann. An diesem Zustand änderte auch die hohe Arbeitslosenzahl nichts. Mallmann resümiert deshalb: „*Obwohl der Anteil der Arbeitslosen unter den Mitgliedern der KPD unverhältnismäßig hoch war, obwohl die Partei am Ende der Weimarer Republik auch überproportional von erwerbslosen Arbeitern gewählt wurde, krankt die Interpretation der KPD als der Arbeitslosenpartei jedoch selbst für die Phase der Weltwirtschaftskrise daran, daß sie suggeriert, als sei Erwerbslosigkeit ein kommunistisches Spezifikum gewesen, und systematisch ausblendet, daß dieses Schicksal massenhaft auch SPD- und ADGB-Mitglieder traf.*"[175]

3.6 Der gescheiterte Allmachtsanspruch der Parteiführung

Seit ihrer Gründung litt die KPD unter dem Zwiespalt der Anforderungen der Parteileitung und einer eher müden Parteibasis, die nur selten zur Zufriedenheit der Zentrale arbeitete. Der ländliche Unterbezirk Heide war davon in besonderem Maße betroffen. Die Moorlandschaft und die schlechten Verkehrsverbindungen erschwerten die Arbeit der Funktionäre, die oft mehrere Tage brauchten, um in die entferntesten Orte zu gelangen.[176] Eine stetige Kontrolle der einzelnen Ortsgruppen war schwierig, was dazu führte, daß Anweisungen der Zentrale nur unzureichend ausgeführt wurden.[177] Die agrarische Wirtschaftsstruktur der Westküste brachte es mit sich, daß eine Großzahl der Arbeiter nicht an ihrem Wohnort arbeiten konnte, sondern auswärts nach Arbeit suchen mußte.[178] Diese strukturellen Probleme erschwerten eine kontinuierliche Parteiarbeit und ließen die KPD im ländlichen Gebiet schnell ins Hintertreffen geraten.

Auch wenn die KPD im ländlichen Bereich größere Schwierigkeiten bei der Parteiarbeit hatte, kann dies nicht als eine zu

[171] Die Entwicklung war durchaus unterschiedlich. R. Möller konnte für den Kreis Steinburg ermitteln, daß die KPD hier von dem Zulauf 1932 auch auf organisatorischer Ebene profitieren konnte; vgl. R. Möller, Steinburg, 1989, S. 148ff.

[172] Im Bezirk Wasserkante betrug die Fluktuationsquote zwischen 1930 und 1932 70,3%; vgl. U. Büttner, Politik, 1983, S. 99; K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 90f.

[173] K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 89.

[174] Vgl. U. Pfeil, Heide, 1995, S. 328f.; F. Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Ein geschichtlicher Überblick, Kiel 1963, S. 102; H.A. Winkler, Katastrophe, 1987, S. 529.

[175] K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 104.

[176] Vgl. Bericht des Bezirks Wasserkante v. November 1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/40.

[177] Vgl. Protokoll der Sitzung der Orgabteilung v. 28.7.1927, SAPMO-BA RY 1/I3/16/38.

[178] Vorläufiger Bericht über die faschistische Bewegung in Schleswig-Holstein an das ZK der KPD in Berlin v. 11.8.1929, SAPMO-BA RY 1/I3/16/28, Bl. 70.

verallgemeinernde Tatsache festgehalten werden, wie gegenteilige Beispiele zeigen.[179] Die Diskrepanz zwischen Parteitagsansprüchen und der lokalen Realität mußte also noch andere Ursachen haben. Daß zentrale Vorgaben der Partei in der Praxis nicht befolgt wurden, spiegelt sich in einem Rundschreiben des Bezirks Wasserkante aus dem Jahre 1919:

„Es ist einfach ein Skandal in einer disziplinierten kommunistischen Partei, angesichts der gefahrdrohenden Maßnahmen des Kapitals, solch eine Nachlässigkeit und Lauheit in der einfachsten Pflichterfüllung [...]. *Wir tun dieses* [Auflistung der Mitglieder] *nicht etwa, weil wir eine neue Organisationsspielerei vorhaben, sondern weil die politische Situation gebieterisch von uns verlangt, daß die Maßnahmen der Parteileitung schnellstens erfüllt werden.*"[180]

Der zweite Teil dieses Zitats läßt ein weiteres Merkmal deutlich werden, das sich während der gesamten Weimarer Republik durch die Parteiarbeit der KPD durchzog: die Übersättigung der Parteibasis mit Anordnungen von übergeordneten Parteiinstanzen. Ständige Richtungswechsel und das Bombardement mit Rundschreiben und Parteidirektiven ließ an der Basis eine Indifferenz aufkommen, die von oben verordnete Richtlinien versickern ließ.

Auch wenn die Bezirksleitung diese Problematik erkannte, gab sie der angeblich noch „unreifen" Basis die Schuld an dieser Situation, sah jedoch nicht, daß die formulierten Ansprüche die Parteibasis überforderten. Die nur kleine Schar von aktiven Parteigenossen war gerade im ländlichen Raum nicht in der Lage, die Direktiven in die Tat umzusetzen. Deswegen belegen die folgenden Bemerkungen aus einem Richtlinienbrief der Bezirksleitung Wasserkante von 1925 eher die Ignoranz der Parteispitze über die Realität an der Basis als die Ignoranz der Basis gegenüber der Zentrale:

„Alle Anweisungen der Bezirksleitung, welcher Art sie auch sein mögen, werden von den Ortsgruppen als eine unnötige Arbeit empfunden und erwecken bei ihnen den Eindruck, eben weil sie die politische Bedeutung dieser Arbeit nicht erkannt haben, als wenn die Bezirksleitung aus lauter Wollust nichts weiter tue als immer anweise und befehle. Desweiteren ist ein sehr starker Widerstand in fast allen Ortsgruppen gegen die von der Parteileitung angesetzten notwendigen politischen Kampagnen und gegen die von uns verlangte, im Augenblick zwar weniger erfolgreiche zähe Kleinarbeit im Sinne einer bolschewistischen Partei zu spüren. Alle entsprechenden Maßnahmen, die wir nach dieser Richtung hin treffen, werden von den Ortsgruppen draußen im Bezirk skeptisch aufgenommen und mit mitleidigem Lächeln oft in einen Schubkasten verbannt, ohne daß die Genossen, den Ernst der Situation erfassend, ernsthaft über diese Frage nachdenken und aus eigener Initiative heraus gemäß den Verhältnissen ihres Ortes eine den Maßnahmen entsprechende Bewegung einleiten."[181]

Obwohl die Parteispitze wiederholt die Grenzen ihrer Möglichkeiten erkennen konnte, ging sie trotzdem nicht von ihren Allmachtsphantasien ab. Die Überzeugung von dem richtigen

[179] Vgl. K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 97.

[180] Rundschreiben an sämtliche Distrikte und Ortsgruppen Groß-Hamburg und des Bezirks Wasserkante v. 12.6.1919, SAPMO-BA RY 1/I3/16/25.

[181] Vgl. Richtlinien für die Reorganisation und die engere Bindung der Ortsgruppenarbeit mit der Unterbezirksarbeit und mit der politischen Arbeit der Bezirksleitung von 1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/40.

Kurs für die Arbeiter und ein dem militärischen Ordnungsprinzip entlehnten Anspruch, Befehle zu geben, die von den Untergebenen wortlos und ohne Widerspruch befolgt werden, spiegeln sich in den vielen Rundschreiben und Richtlinien der Bezirksleitung.[182] Daß diese Haltung die Realität verkannte, verdeutlicht das Protokoll einer Sitzung der Orgabteilung des Bezirks Wasserkante vom 13. Januar 1928:

„Notwendig ist, die Politik an die Massen heranzubringen. Wenn wir uns jetzt die Partei ansehen, können wir feststellen, daß es Schwierigkeiten mit sich bringt, die Politik der Partei an die Mitglieder heranzubringen, geschweige denn an die Massen.“[183]

Durch die Kommunikationsprobleme zwischen Bezirk und Basis war die übergeordnete Ebene vielfach nur schlecht über die Arbeit in den Unterbezirken informiert: *„In mehreren Rundschreiben haben wir darauf hingewiesen, daß die Berichterstattung noch äußerst mangelhaft ist. Es ist unbedingt notwendig, monatlich mindestens einmal einen ausführlichen Stand der Bewegung an den Bezirk einzusenden.“*[184] Dieser Vorwurf der Bezirksleitung von 1921 gehörte zum „Standardrepertoire“ der Parteizentrale in der Weimarer Republik und führte dazu, wie Mallmann schreibt, daß die Partei durch das System der engmaschigen Vorgaben *„die Chance regelmäßiger und vor allem wahrheitsgetreuer Berichterstattung verspielte.“*[185]

Die Kommunikationsprobleme wurden durch Mißtrauen und das Gefühl der schlechten Behandlung seitens der Bezirksleitung verstärkt: *„Andererseits ist mir aufgefallen, daß mir verschiedene Parteigenossen erklärten, nicht gern aufs Parteibüro zu kommen, da sie dort nicht besonders gut empfangen und abgefertigt werden,“*[186] ist in einem Kontrollbericht von 1929 zu lesen. Genauso gab es auf lokaler Ebene zahlreiche persönliche Reibereien und Pol[litik]leiter, die *„größten Teils ihrer Aufgabe nicht gewachsen“* waren,[187] wie aus einem Organisationsbericht von 1925 hervorgeht. Der Bezirksleitung gelang es nicht, ihre Allmachtbestrebungen durchzusetzen, genausowenig wie die Ausschaltung von oppositionellen Stimmen. Der folgende Bericht von 1931 ist eher Ausdruck einer desolaten Verfassung:

„Die systematische Heranziehung von solchen Funktionären zur zweiten, teilweise besoldeten Funktionär-Garnitur, die in der Partei allgemein als Hohlköpfe und skrupellose Speichellecker bekannt sind. Das geschieht nicht ohne Ursache: Nachwuchs heranbilden ist gleichbedeutend mit der Schaffung neuer Konkurrenten, bei der recht einträglichen Brotstelle der allgewaltigen Sekretäre natürlich nicht erwünscht. Die Folge: auf der einen Seite das Versagen des Parteiapparats, während sich auf der anderen Seite die besten, geschultesten und aktivsten Elemente in die Passivität zurückziehen, zumal sie ja keine eigene Ansicht haben, noch weniger bekannt geben dürfen. Das ist verständlich, letztere gehen von dem Standpunkt aus, politische und organisatorische Maßnahmen zweckmäßig zu treffen. Die Sekretäre der Partei und die Bezirksleitung handeln aber nach dem Prinzip: recht viel in die Presse bringen, noch mehr nach Berlin berichten, sonst kann man leicht in der Versenkung verschwinden oder

[182] Vgl. u.a. Bezirk Wasserkante an das Pol.-Büro der KPD in Berlin v. 18.11.1929, SAPMO-BA RY 1/I3/16/32, Bl. 16.

[183] Vgl. Protokoll der Sitzung der Orgabteilung der Bezirksleitung Wasserkante v. 13.1.1928, SAPMO-BA RY 1/I3/16/38.

[184] Rundschreiben an alle Ortsgruppen des Bezirks Wasserkante v. 7.9.1921, SAPMO-BA RY 1/I3/16/25.

[185] K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 157.

[186] Vgl. Bericht von der Kontrolle im Bezirk Wasserkante am 2. und 3. Dezember 1929 v. 6.12.1929, SAPMO-BA RY 1/I3/16/60.

[187] Vgl. Organisatorischer Bericht des Bezirks Wasserkante für den Monat November 1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/40.

verbannt werden [...]. Schließlich sei noch die Parteiklickenwirtschaft erwähnt. Einer verleumdet den anderen. Neid, Mißgunst, Gehässigkeit, Schlägereien, Bespitzelung untereinander usw., eine Seuche, die sich von der untersten Zelle bis in die Bezirksleitung hinauf erstreckt, wofür genügend Beispiele bekannt geworden sind."[188]

Die in diesen Aussagen zu Tage getretenen Entfremdungserscheinungen existierten jedoch nicht nur zwischen Unterbezirken und Bezirksleitung, sondern auch zwischen Bezirksleitung und ZK, wie ein Schreiben der Bezirksleitung an die Zentrale in Berlin von 1925 zeigt:

„Wir betonen, daß die BL alles daran setzen wird, um trotz der großen Schläge vom Oktober 1923 so schnell wie möglich die Parteiorganisation in der Gesamtheit so wieder aufzubauen, wie es früher der Fall war, und es auch als ihre Pflicht ansieht, der Zentrale die Pflichtbeiträge abzuführen. Dieses wird aber nur möglich sein, wenn die Zentrale den Wünschen der Bezirksleitung entgegenkommt."[189]

Die vielen Richtungswechsel der Gesamtpartei machten es den lokalen Genossen vor Ort nicht einfach, den Arbeitern die kommunistische Politik nahezubringen. Zum einen mußten sie in der ständigen Angst leben, durch Abweichungen vom offiziellen Kurs ihres Postens enthoben zu werden. Nachdem schon im Anschluß an den gescheiterten „deutschen Oktober" 1923 zahlreiche Genossen auch im Bezirk Wasserkante aus der Partei ausgeschlossen worden waren, setzte sich diese Praxis bei der Durchsetzung des moskautreuen Kurses bis Herbst 1925 weiter fort. Daß für Abweichler vom „bolschewistischen" Kurs keine Zukunft in der KPD mehr bestehen sollte, belegt die Versicherung des Sekretariats des Bezirks Wasserkante vom Mai 1925 gegenüber dem ZK: *„Die Bezirksleitung des Bezirks Wasserkante wird alle Kräfte einsetzen, um innerhalb der Partei die Fragen der bolschewistischen Taktik zu klären und die Arbeit zur Vernichtung des reformistischen Masseneinflusses zu steigern.*"[190]

Im Jahre 1928 belastete erneut ein innerparteilicher Skandal die KPD im Bezirk Wasserkante, der die Parteiarbeit weitgehend lähmte.[191] Thälmann hatte versucht, die Veruntreuung großer Summen durch den Polleiter des Bezirks, John Wittorf, zu vertuschen.[192] Die Gegner des radikalen Linkskurses deckten die Unterschlagungsaffäre auf, so daß Thälmann vom ZK am 26. September 1928 seiner Funktionen enthoben wurde. Durch eine Intervention annullierte Stalin am 6. Oktober 1928 diesen Beschluß und sprach Thälmann *„das volle politische Vertrauen"* aus. Dieser Entschluß löste eine Welle der Empörung aus und führte zu einer Austrittswelle.

Die in diesem Kapitel aufgezeigten Spannungen innerhalb der KPD machen deutlich, daß es der Parteispitze nie gelang, das gewünschte Engagement an der Basis zu erreichen. Die viel gehörte Klage über die Passivität der Mitglieder und die Beschwerden über fehlende Rückmeldung aus den Ortsgruppen und Unterbezirken sprechen dabei eine deutliche Sprache. *„Die Debatten auf der Führungsebene interessierten an der Basis nur mäßig oder überhaupt nicht. Das jahrelange Ringen um die Linie der*

[188] Vgl. Bericht über die Kassierer- und Org-Leiter-Konferenz des Bezirks Wasserkante am 28.11.1931, die „eine durchaus zuverlässige Auskunftsperson" für die Hamburger Polizeibehörde erstellt hat, Polizeibehörde Hamburg an Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern in Berlin v. 10.12.1931, BAP St 10/32, Bd.1a, Bl. 331-334.

[189] Bezirk Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 26.3.1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/36.

[190] Sekretariat des Bezirks Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 2.5.1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/24, Bl. 105.

[191] Politischer Sonderbericht des Bezirks Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 15.11.1929, SAPMO-BA RY 1/I3/16/28, Bl. 75.

[192] Vgl. genauer zur „Wittorf-Affäre": H. Weber, Wandlung, Bd.1, 1969, S. 199ff.; U. Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1933, Hamburg 1982, S. 437ff.

Partei ging bei vielen, vielleicht sogar den meisten Mitgliedern über die Köpfe hinweg, weil sie die Diskussionen nicht verstanden und als 'Führergezänk' abtaten, aber auch weil sie ihre Interessen nicht angesprochen sahen,"[193] schreibt Mallmann resümierend und beschreibt damit auch die realen Verhältnisse im Bezirk Wasserkante und im ländlichen Dithmarschen. Vor diesem Hintergrund kann es auch nicht überraschen, daß in den Tagen vor dem christlichen Weihnachtsfest 1925 die Parteiarbeit der atheistischen KPD nahezu zum Erliegen kam.[194] Webers These, daß die Führungsspitze mit Hilfe des Apparates die Mitgliedschaft beherrschte,[195] ist nur bedingt zutreffend. Seine Einschätzung, daß die KPD eine „*monolithische, straff disziplinierte und zentralisierte Organisation*"[196] war, bedarf der Revidierung bzw. der Differenzierung, wie auch die in den folgenden Kapiteln zu beschreibenden Reorganisationsbestrebungen belegen.

[193] Vgl. K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 160.
[194] Vgl. Bericht des Bezirks Wasserkante über die Betriebszellenarbeit im Monat Dezember 1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/40.
[195] Vgl. H. Weber, Aufstieg, 1991, S. 27.
[196] H. Weber, Wandlung, Bd.1, 1969, S. 8.

4. Organisationstätigkeit im ländlichen Raum

4.1 Die KPD und die Gewerkschaften

Ähnlich wie die Parteiarbeit gestaltete sich auch die Gewerkschaftsarbeit der KPD. In der Kontinuität des Kaiserreichs bestimmten in erster Linie SPD-Mitglieder die „Gewerkschaftsabteilungen" in Heide. Aus dieser Zeit rührte auch das von der SPD empfundene Mißverhältnis zwischen Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaft. Das 1906 gegründete Gewerkschaftskartell konnte bereits im Kaiserreich mehr Mitglieder verzeichnen als die Heider Ortsgruppe der SPD. Eine Stichprobe im März 1914 ergab, daß von den 404 Gewerkschaftsmitgliedern nur 28,5% das SPD-Parteibuch besaßen. Damit lag Heide deutlich hinter Itzehoe (34%).[197] Diese Diskrepanz war im Kaiserreich nichts Außergewöhnliches, denn die Mehrheit der Arbeiter beschränkte sich auf Gewerkschaftsmitgliedschaft und Stimmabgabe für die SPD, verzichtete jedoch auf den Parteieintritt.[198] An diesem Zustand änderte sich nichts Grundsätzliches in der Weimarer Republik.

Nach der Novemberrevolution übernahm zunächst Gustav Bruhn den Vorsitz des Heider Ortsausschusses des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes", mußte diesen Posten jedoch 1920 wieder an den SPD-Mann Wilhelm König abgeben. Dieser Führungswechsel im Gewerkschaftskartell war symptomatisch für den Einfluß der KPD in den Heider Gewerkschaftsabteilungen. Diese blieben bis 1933 von der SPD dominiert und erlaubten den Kommunisten kaum Mitgestaltungsmöglichkeiten. Die Konfrontation der beiden Arbeiterparteien führte auch in Heide wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen. Ziel der KPD war die Trennung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Partei. In einem Bericht der Gewerkschaftsabteilung der KPD von 1923 wird das Vorgehen beispielhaft beschrieben:

„Unsere Genossen arbeiten dort gut. In der letzten Gewerkschaftsversammlung haben sie heftige Zusammenstöße mit den SPD-Leuten gehabt. Der Heider Anzeiger, wo wir vier Genossen im Betriebsrat haben, wollte den Bericht nicht aufnehmen. Unsere Genossen drohten mit Arbeitsniederlegung, wenn das nicht geschieht. Daraufhin bequemte sich die bürgerliche Zeitung, den kommunistischen Bericht aufzunehmen."[199]

[197] Vgl. SHVZ 54/5.3.1914; 64/17.3.1914.
[198] Vgl. A. v. Saldern, Wer ging in die SPD? Zur Analyse der Parteimitgliedschaft in der wilhelminischen Zeit, in: G.A. Ritter (Hg.), Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs, München 1990, S. 173.
[199] Vgl. Gesamtbericht der Gewerkschaftsabteilung der KPD des Bezirk Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 7.3.1923, SAPMO-BA RY 1/I3/16/60.

Auf die Spaltungsbestrebungen der KPD reagierten Gewerkschaftskartell und SPD mit der Isolierung der Kommunisten, wie aus einem Aufruf an ihre Mitglieder vom Januar 1926 hervorgeht, der vor der Beteiligung an einer KPD-Veranstaltung warnte.[200] Doch nicht nur die Ausgrenzungsversuche erschwerten der KPD die Gewerkschaftsarbeit, sondern erneut auch die undisziplinierte Haltung der eigenen Mitglieder. 1923 beklagte sie sich über die *„äußerst mangelhafte"* Registrierung der Gewerkschaftsmitglieder in der KPD. Damit fehlte der Partei bereits die Grundlage für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit.[201] Im Bezirk Wasserkante waren im Jahre 1925 nur 74% der KPD-Mitglieder auch gewerkschaftlich erfaßt.[202] Der nur mäßige Erfolg der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit soll in der Folge auf drei Ebenen illustriert werden; zum einen am Beispiel der einzelnen Unterverbände des Heider Kartells, dann anhand der Betriebsratsarbeit und schließlich der Schwierigkeiten im ländlichen Raum.

Der Einfluß der KPD in den einzelnen Verbänden war schwach. In Land-, Bau- und Metallarbeiterverband dominierten die der SPD nahestehenden reformistischen Kräfte; im Holzarbeiterverband sympathisierte die Hälfte der Mitglieder mit der KPD, solange Bruhn in ihm aktiv war, doch schon ein Jahr später war der Einfluß nur noch gering.[203] Aufschlußreich für eine Beurteilung der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit war die Entwicklung bei den Eisenbahnern. Für Juni 1924 schätzte die Partei ihren Einfluß im „Deutschen Eisenbahnerverband" (DEV) noch als groß ein, doch als es im Bundesverband zu Querelen zwischen SPD- und KPD-Anhängern kam und die Kommunisten einen eigenen „Freien Eisenbahnerverband" (FEV) gründeten,[204] wurden auch in Heide Kommunisten aus dem Verband ausgeschlossen. Der DEV warf den oppositionellen Kollegen öffentlich Verrat vor.[205]

Der Versuch zur Gründung einer eigenen Heider Ortsgruppe des FEV durch Otto Jews scheiterte an der Angst vor „politischen Schikanen" seitens der Kommunisten und am Fehlen gewerkschaftlichen Engagements bei den kommunistischen Eisenbahnern, wie Otto Jews in einem Bericht der Eisenbahner von 1924 heraustrich:

„Wir in der Provinz können keinen neuen Verband aufmachen, weil wir nicht einmal fähig sind, in dem alten so zu arbeiten, wie es nötig wäre. Bei der Aufstellung der Kandidaten können wir keine Listen des FEV aufstellen, weil diese Organisation den Eisenbahnern gar nicht bekannt ist."[206]

Die Spaltungsbestrebungen der KPD waren, wie der Aussage Jews zu entnehmen ist, in Heide illusorisch und ließen die Anordnungen übergeordneter Parteiinstanzen verpuffen. Die lokalen Vertreter mußten sich mit den realen Verhältnissen arrangieren. Eigene Gewerkschaftsorganisationen waren angesichts der geringen Mitgliederzahl utopisch, so daß gezwungenermaßen mit reformistischen Vertretern zusammengearbeitet werden mußte. Das Bestreben der kommunistischen Gewerkschaftspolitik seit 1925, „rote" Einheitsverbände zu gründen, wurde in Heide nicht umgesetzt. Bis 1933 gelang es den kommunistischen

[200] Vgl. Landrat ND an Kieler Oberpräsidenten v. 29.1.1926, LAS 301/4525.

[201] Vgl. Gesamtbericht der Gewerkschaftsabteilung Bezirk Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 7.3.1923, SAPMO-BA RY 1/I3/16/60.

[202] Vgl. Gewerkschaftsbericht für November/Dezember 1925 der Gewerkschaftsabteilung des Bezirks Wasserkante v. Dez. 1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/60.

[203] Vgl. Monatsbericht des Bezirks Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 9.9.1924, SAPMO-BA RY 1/I3/16/23, Bl. 93/94; Monatsbericht des Bezirks Wasserkante an das Orgbüro des ZK der KPD v. 9.4.1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/40.

[204] Vgl. Bericht vom Bezirk Wasserkante v. 9.9.1924, SAPMO-BA RY 1/I3/16/23, Bl. 93/94.

[205] Vgl. Bericht über die Konferenz der Eisenbahner des Bezirks Wasserkante v. 27.4.1924, SAPMO-BA RY 1/I3/16/29.

[206] Vgl. Bericht über die Konferenz der Eisenbahner des Bezirks Wasserkante v. 16.3.1924, SAPMO-BA RY 1/I3/16/29.

Gewerkschaftlern in Heide nicht, eine Spaltung des Gewerkschaftskartells herbeizuführen, wie auch der Verzicht auf die Aufstellung von „roten Listen" 1930 in Heide zeigte.[207] Gegen diese Praxis konnte die Parteispitze nur eingeschränkt intervenieren, denn durch die Personalnot im lokalen Bereich war ein von oben angeordneter Austausch der Funktionäre und eine programmatische „Radikalisierung von oben" nur bedingt möglich. Die genannten Beispiele zeigen zwar auch, daß die kommunistische Gewerkschaftspolitik trotz allen Pragmatismus bemüht war, sich vom Reformismus der SPD und des ADGB abzusetzen; es fehlte ihr jedoch bei ihrer schmalen Basis die Handhabe. Mit ihrer virulenten Obstruktionshaltung erreichte sie aber auch in Heide, daß die Gewerkschaften Schwierigkeiten hatten, geschlossen aufzutreten.

Die Mängel kommunistischer Gewerkschaftsarbeit im ländlichen Raum wirkten sich ebenfalls bei der Besetzung der Betriebsräte in den Heider Firmen aus. Der KPD gelang es in keinem Betrieb, die Dominanz der SPD zu durchbrechen. Selbst bei der Firma Köster, wo 1924 immerhin eine Betriebszelle mit sieben Mitgliedern bestand, setzte sich der Betriebsrat aus je einem Mitglied der KPD und SPD sowie einem Unparteiischen zusammen.[208] Daß die KPD selbst die Situation der Gewerkschaftsbewegung im UB Heide als befriedigend bezeichnete,[209] kann vor dem Hintergrund des geringen Einflusses nur verwundern und war vermutlich eher Wunschvorstellung als Realität. Die organisatorische Schwäche der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit im ländlichen Bereich hatte auch Folgen für die Organisierung der Partei in Betriebszellen.

[207] Vgl. Gewerkschaftsabteilung des Bezirks Wasserkante an ZK der KPD in Berlin v. 5.6.1930, SAPMO-BA RY 1/I3/16/60.

[208] Vgl. Bericht vom Bezirk Wasserkante v. 9.9.1924, SAPMO-BA RY 1/I3/16/23, Bl. 93/94.

[209] Vgl. Monatsbericht an die BL Abt. Gewerkschaften über die Erwerbslosenbewegung im Bezirk Wasserkante v. 4.4.1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/60.

[210] Vgl. K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 306ff. und die verklärende Version der DDR-Historiker E. Kücklich/S. Weber, Die Rolle der Betriebszellen der KPD in den Jahren der Weimarer Republik, in: BzG 1 (1980), S. 116-130.

4.2 Der Versuch der Reorganisierung der Partei in Betriebszellen

Der KPD-Zentralausschuß begann im Mai 1923 den Aufbau einer Betriebszellenorganisation einzuleiten, die das bisherige Prinzip der Ortsgruppen mit Betriebs- und Wohnbezirkszellen von 1919 ablösen sollte. Diese doppelte Registratur erwies sich in der Praxis als nicht durchführbar, so daß nur die Wohnbezirksorganisation blieb. Am 19. Januar 1924 verpflichtete das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationalen (EKKI) die deutsche Sektion, die Umstellung innerhalb von zwei Monaten durchzuführen. Das Verbot der Partei und die organisatorischen Probleme infolge des gescheiterten „Deutschen Oktobers" von 1923 verhinderten vorerst eine Reorganisierung. Auf dem Berliner Parteitag 1925 erließ die KPD ein neues Statut und machte die Betriebszellen zur „Grundlage der Parteiorganisation". Diese Neuordnung basierte auf dem Leninschen Organisationsprinzip und seinem Postulat von der Verankerung der Partei in den Betrieben und sollte das traditionelle sozialdemokratische Ortsgruppen- und Wahlvereinsprinzip ablösen und *„Herzstück und Hebel der Bolschewisierung"*[210] der Partei sein. Ob die Betriebszellen die KPD wirklich *„unlösbar in der Arbeiterklasse"* verwurzelten, wie es die DDR-Historiker Erika Kücklich und Stefan Weber schreiben, soll in der Folge am Heider Beispiel verfolgt werden.

Bei der Organisation in Betriebszellen stand die KPD in Dithmarschen vor dem Grundproblem, daß der Unterbezirksvor-

ort Heide nur schwach organisiert war und unter der Passivität der Mitglieder litt. Neben der nur mäßigen Verankerung der kommunistischen Bewegung ergaben sich für die Reorganisation Schwierigkeiten wegen der spezifischen Wirtschaftsstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe und der stets kritischen Lage der Klein- und Mittelbetriebe in Dithmarschen. Um die Probleme der KPD bei der Reorganisation im Unterbezirk Heide zu illustrieren, soll auf einige Fallbeispiele eingegangen werden.[211]

Im Jahre 1925 boten sich für die KPD im Unterbezirk Heide nur wenige Betriebe zur Reorganisation. Zu ihnen gehörten die Tönninger Werft, das Ölbergwerk „Hölle" in Hemmingstedt und der Eisenbahnbau zwischen Husum und Flensburg. In Tönning stellte sich jedoch das Problem, daß die Werft mit einstmals 700 Arbeitern nach der Stillegung nur noch 19 Arbeiter beschäftigte, die Aufräumarbeiten verrichteten. Die restlichen Arbeiter waren entlassen worden und hatten Tönning verlassen, da sich in der Stadt keine neuen Erwerbsmöglichkeiten ergaben. Eine Einrichtung einer Betriebszelle war damit hinfällig geworden. Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich beim Hafenbau in Büsum. Von den 70 bis 80 Beschäftigten gehörten 15-20 der KPD an, die sich zu einer Ortsgruppe zusammenschlossen. Nachdem aber der Hafenbau Anfang 1925 eingestellt worden war, verließen die Arbeiter Büsum, so daß auch die Parteiarbeit wieder einschlief. Zudem muß angemerkt werden, daß die Zahl von 15-20 Genossen vor dem Hintergrund als sehr dürftig bezeichnet werden muß, daß die Büsumer Ortsgruppe der USPD im November 1919 immerhin 160 Mitglieder zählte.[212]

Anders gestaltete sich die Problematik für die KPD im Ölbergwerk, wo nur zwei Arbeiter der Partei angehörten. Bruhn erteilte an einen von ihnen den Auftrag, Anhänger der Partei ausfindig zu machen, um eine Betriebszelle zu gründen. Zur Unterstützung regte Bruhn die Gründung einer Ortsgruppe in Hemmingstedt an, der sich 16 Mitglieder anschlossen. Ähnlich ging Bruhn in dem ländlichen Ort Lunden vor. Nachdem er einen ehemaligen Genossen reaktiviert hatte, sollte im nächsten Schritt die Ortsgruppe stabilisiert werden, um dann den Aufbau von Guts- und Dorfzellen anzugehen. Da die Bauern in der Umgebung von Lunden aber nur einen oder zwei Tagelöhner beschäftigten, war die Schaffung von Gutszellen nicht sinnvoll. Doch auch die Gründung von Dorfzellen wurde zur Illusion, da die Tagelöhner oft nur 14 Tage auf einem Hof blieben, um dann zu wechseln. Die meisten in den Erntemonaten eingestellten Landarbeiter wurden außerdem zum Winter hin wieder entlassen. Damit scheiterte die angestrebte Zellenorganisation in den agrarischen Gebieten Dithmarschens völlig.

Das Vorgehen von Bruhn, vor Betriebszellen Ortsgruppen zu gründen, ist ein Hinweis darauf, daß die lokalen Vertreter der KPD aus pragmatischen Beweggründen die Vorgaben der Zentrale unterliefen. Sie entschieden vor Ort und paßten die Beschlußlage des Politbüros oder auch der Komintern ihren regionalen Gegebenheiten an. Diese Vorgehensweise, die keineswegs als Widerstand gegen die allgemeine Linie zu verstehen war, sondern eher als Auslegungsvariante, *„nahm Rücksicht auf die*

[211] Vgl. dazu den ausführlichen Bericht von Gustav Bruhn zum UB Heide auf der Sitzung der Bezirksleitung Wasserkante; Monatsbericht des Bezirks Wasserkante an das Orgbüro des ZK der KPD in Berlin v. 9.4.1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/40.

[212] Vgl. Aufstellung über die Verhältnisse der SPD, USPD und Kommunisten in den Kreisen Norder- und Süderdithmarschen v. 3.11.1919, LAS 301/2402.

örtlichen Besonderheiten und lokalisierte damit eine international angelegte Politik."[213]

Bei der Parteiarbeit im Ölbergwerk wirkte außerdem hemmend, daß *„der faschistische Einfluß in diesem Betrieb sehr groß"* war.[214] Bruhn hatte einen Parteigenossen veranlaßt, sich im Bergwerk eine Anstellung zu suchen, um Parteianhänger zu organisieren. Dieser wurde jedoch bereits nach acht Tagen von seinem ursprünglichen Arbeitsplatz in die Kalkgrube versetzt, wo er zum Bestreiten seines Lebensunterhaltes nicht mehr ausreichend verdiente, so daß er kündigte. Bruhn unterstellte der Direktion bei diesem Vorgehen Methode, um auf diese Art und Weise unbequeme Arbeiter loszuwerden. Diese These ist durchaus plausibel, auch beim Eisenbahnbau in Husum wurde der kommunistische Betriebsratsvorsitzende entlassen. Die Praxis, daß Kommunisten, die sich für die Schaffung von Betriebszellen einsetzten, entlassen und gemaßregelt wurden, war in ganz Deutschland anzutreffen. Sie führte von Beginn an zu einer Lähmung der Reorganisationsbestrebungen.[215]

Beeinträchtigt wurde die Arbeit der KPD ebenfalls durch die Arbeitslosigkeit. In Friedrichstadt existierten mehrere Fabriken mit 25 Mann Belegschaftsstärke. Da die sieben Mitglieder der Ortsgruppe aber dauernd erwerbslos waren, konnte die Partei in den Betrieben keinen Erfolg verzeichnen. Um trotzdem ein Zellensystem einzuführen, wurde die Gründung von Erwerbslosenzellen vorgeschlagen, was die Bezirksleitung jedoch ablehnte. Dafür versuchte sie in den Wintermonaten einen Fuß in die Erwerbslosenbewegung zu bekommen, um im Sommer, wenn diese Erwerbslosen wieder in den Betrieben waren, sie für den Aufbau von Betriebszellen zu gewinnen. Andererseits versuchte die KPD, die Arbeiter nach ihrer Entlassung in ihrer ehemaligen Betriebszelle zu belassen, doch auch diese Variante erwies sich nicht als erfolgreich, wie aus dem Monatsbericht der Bezirksleitung vom 9. April 1925 hervorgeht:

„Die Zuweisung der Erwerbslosen zu den Betriebszellen, in denen sie bislang gearbeitet haben, steht bisher nur auf dem Papier. Nur wenn Genossen ganz dicht bei ihren Betrieben wohnen, ist dies möglich, und auch auch dann nur, wenn sie eine führende Stellung in der Zelle, und im Betrieb eingenommen haben."

Die unterschiedlichsten Versuche der Partei, die Erwerbslosen an die Partei zu binden, zeigen, daß die Betriebszellenorganisation bei steigenden Arbeitslosenzahlen keine Vorteile bei der Gewinnung neuer Anhänger bot. Die Verkehrsverhältnisse im ländlichen Bereich waren nicht dazu geeignet, die entlassenen Arbeiter, die oft weit von zu Hause eine Stelle annehmen mußten, an die Zelle im ehemaligen Betrieb zu binden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Neuorganisation der Partei ein gewaltiger Mißerfolg war.[216] In Heide bestand im Juni 1932 nur eine einzige Betriebszelle bei der Firma Köster, die fünf Genossen zählte.[217] Aber bereits im Dezember 1929 fiel das Urteil in einem parteiinternen Kontrollbericht über den Bezirk Wasserkante sehr hart aus:

„Im Bezirk Wasserkante fällt auf, daß die Arbeit der Betriebszellen wesentlich nachgelassen hat. Die Tatsache [...], *daß der*

[213] K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 155.

[214] Vgl. Monatsbericht des Bezirks Wasserkante an das Orgbüro der Zentrale der KPD v. 9.4.1925, SAPMO-BA RY 1/I3/16/40.

[215] Vgl. K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 311f.

[216] Im Bezirk Wasserkante waren 1928 73% der Mitglieder in Straßenzellen, 10% in Ortsgruppen ohne Zellen und nur 17% in Betriebszellen zusammengefaßt; vgl. U. Büttner, Politik, 1983, S. 64.

[217] Vl. Aufstellung der Betriebszellen im Bezirk Wasserkante v. 8. Juni 1932, SAPMO-BA RY 1/I3/16/29.

größte Teil der roten Betriebsräte passiv ist, ist ein Beweis dafür, daß die Qualität der politischen Arbeit unserer Betriebszellen durch eine verstärkte Unterstützung, aber auch durch die Kontrolle von oben gefördert werden muß."[218]

Die Ursachen für das Scheitern der Reorganisierung waren in erster Linie hausgemacht. Anders als in der Staatswirtschaft der Sowjetunion, wo die kommunistische Partei auch die Betriebe kontrollierte und mobilisierte, bestand diese Möglichkeit in der Privatwirtschaft Deutschlands nicht. Außerdem ist wieder eine ignorante Mißachtung der ländlichen Gegebenheiten und der Probleme bei der Einbeziehung der Erwerbslosen festzuhalten, die einen größeren Erfolg verhinderte. Hinzu kam erneut der Kräftemangel in den Parteigremien und – wie in ganz Deutschland[219] – die Passivität und Resistenz der Mitglieder, die ein besseres Funktionieren der Zellenorganisation verhinderten.[220]

5. Verfolgung und Untergrundarbeit 1933-1935

Nach der „Machtergreifung" der NSDAP begann für die KPD die Zeit der Verfolgung, der konspirativen Treffen und der Arbeit im Untergrund.[221] Die Biographien von Gustav Bruhn, Christian Heuck und Erich Böhlig zeigen, daß sie das Eintreten für ihre politische Überzeugung mit dem Tod bezahlen mußten, denn gleich nach der Machtübernahme machten sich die mit einem totalen Machtanspruch versehenen Nationalsozialisten – nun mit Hilfe staatlicher Mittel – an die Ausschaltung ihrer politischen Gegner.[222] Daß besonders die KPD unter der Verfolgung zu leiden hatte, beruhte zum einen auf dem radikalen Antikommunismus der NSDAP, der beide Parteien in der Weimarer Republik zu erbitterten Gegnern gemacht hatte, zum anderen auf dem Willen der Nationalsozialisten zur totalen Erfassung der gesamten Gesellschaft,[223] der sich die Kommunisten durch ihre Ziele und Denk- und Verhaltensweisen zu widersetzen versuchten.[224]

Die nationalsozialistische Herrschaft begann mit der Verhinderung der Wahlkampfkundgebungen der Arbeiterparteien im Vorfeld der Reichstagswahl vom 5. März und der Kommunalwahlen am 11. März 1933. Verschiedene Formen von Repression setzten nun auch in Heide ein und machten eine Wahlkampfführung fast unmöglich. Aus Angst vor persönlichen Verfolgungen taten sich die Heider Kommunisten bereits in den ersten Wochen des Jahres 1933 schwer mit dem Bekenntnis zu ihrer Partei. Im Januar bezahlten nur noch acht, im Februar nur 12 Genossen den Mitgliedsbeitrag; für die Zeit danach werden keine Angaben mehr gemacht.[225] Die ausbleibenden Zahlungen ihrer Mitglieder erschwerten der KPD ihre Untergrundarbeit und die Aufrechterhaltung der Organisation. Bei der Stadtverordnetenwahl konnte die KPD trotz der Erschwerungen immerhin noch 6,1% (380 Stimmen) erzielen und stellte mit Erich Böhlig einen Stadtverordneten. Dieser übte sein Amt jedoch nie aus, denn er wurde gar nicht erst zur konstituierenden Sitzung der städtischen Kollegien eingeladen.[226]

Wie berechtigt die Furcht vor persönlicher Verfolgung war, wurde den Anhängern der Heider Arbeiterparteien in den letzten Februar- und ersten Märztagen vorgeführt. Am 27. Februar erschien im „Heider Anzeiger" die Meldung, daß der SA-Mann

[218] Vgl. Bericht von der Kontrolle im Bezirk Wasserkante am 2. und 3. Dezember 1929 v. 6.12.1929, SAPMO-BA RY 1/I3/16/60.

[219] Vgl. K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 306f.

[220] Vgl. Entwurf zur Reorganisierung des Bezirks Wasserkante (1925), SAPMO-BA RY 1/I3/6/38.

[221] Vgl. zur Entwicklung und Problematik der Widerstandsforschung I. Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1994, S. 267ff.; J. Schmädeke/P. Steinbach (Hg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München[3] 1994; P. Steinbach/J. Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994.

[222] Vgl. zur Errichtung der NS-Diktatur die neuen Studien von B.J. Wendt, Deutschland 1933-1945, Das „Dritte Reich". Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995, S. 67ff.; L. Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Frankfurt/M. 1996, S. 62ff.

[223] Obwohl die NSDAP gerade im bürgerlich-nationalen Lager in Dithmarschen während der Weimarer Republik große Erfolge erzielen konnte, vollzog sich auch hier die Machtsicherung nicht ohne Probleme. So berichtet der Kieler Polizeipräsident von Spannungen zwischen Stahlhelm und NSDAP, infolge von wiederholten Unstimmigkeiten; vgl Polizeipräident in Kiel an Schleswiger Regierungspräsidenten v. 19.6.1933, BAP R 58/3622, Bl. 182.

[224] Vgl. D.J.K. Peukert, Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933-1945, in: K.D. Bracher/M. Funke/H.-A. Jacobsen (Hg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, Bonn 1986, S. 633-654; ders., Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933-1945, in: K.-J. Müller (Hg.), Der deutsche Widerstand, Paderborn[2] 1986, S. 157-181.

[225] Vgl. Liste der abgerechneten Mitglieder in den Monaten Januar bis Juni 1933 des Bezirks Wasserkante, SAPMO-BA RY 1/I3/16/66.

[226] Vgl. HA 83/2.4.1933; M.-E. Rehn, Heider gottsleider, 1992, S. 38.

Hartnack in Lohe angeschossen worden sei. Festgenommen wurde der KPD-Mann Hermann Kaulen, der in der Folge 12 Jahre und vier Monate in Gefängnissen und Konzentrationslagern verbrachte.[227] Am 1. März und in der Nacht zum 12. März durchsuchte die Heider Polizei Wohnungen von SPD- und KPD-Mitgliedern und beschlagnahmte Flugblätter und Plakate. Außerdem wurden ein Heider und ein *„auswärtiger Kommunist"* festgenommen, *„da Verdacht bestand, daß es sich um einen kommunistischen Agenten handelt,"*[228] wie der „Heider Anzeiger" meldete. Heider Kommunisten wurden ihre Krafträder weggenommen, um sie an Kurierdiensten zu hindern.[229] An eine praktische und erfolgversprechende Arbeit war in Heide nicht mehr zu denken. Die neuen Machthaber hatten ein Exempel statuiert, das die Vertreter der „linken" Arbeiterparteien in die Passivität drängte. Auch wenn die Leitung der Ortsgruppe und bei der Firma Köster noch eine Betriebszelle mit fünf Mitgliedern bestand, fanden weder Ortsgruppen- noch Zellensitzungen statt.[230]

Doch auch der Rückzug in die politische Passivität schützte die KPD-Anhänger nicht vor dem Terror der Nationalsozialisten. Erich Böhlig, Hans Boller, Martin Sauerwein, Emil Knispel, Hans Hagge, Karl Delonge und Richard Teichert wurden im September 1933 in das Konzentrationslager Glückstadt gebracht, nachdem einige von ihnen bereits zuvor im April einmal festgenommen worden waren.[231] Gegen sie wurde im September 1933 erneut Haftbefehl wegen *„Vorbereitung zum Hochverrat"* erlassen.[232] Das massive Vorgehen gegen die Vertreter der KPD hätte es der Partei vor Augen führen können, daß die Machtübertragung an Hitler eine Zäsur darstellte. Die Partei verfolgte jedoch bis 1934 ihre ultralinke Linie und betrachtete die SPD weiterhin als ihren Hauptfeind.[233] Diese Ausrichtung ihrer Politik kostete zahlreiche Opfer; trotzdem verstand die Partei vorerst nicht, wie es Peter Steinbach formuliert, *„daß mit der Zerstörung des Weimarer Rechtsstaats auch das Recht zum politischen Herrschaftsinstrument geworden war und seinen Charakter als ‚Schutz der Schwachen' verloren hatte."*[234] Diese Politik der Einschüchterung durch die neuen Machthaber zeigte in Heide Wirkung, so daß der Instrukteur der KPD im Oktober 1935 niemanden von der Partei mehr fand.[235]

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in anderen Ortsgruppen des Unterbezirks Heide. Obwohl es zu keinen Verhaftungen kam, trafen sich die Genossen der Ortsgruppe St. Michaelisdonn nach den Märzwahlen nicht mehr. Es wurden nur noch drei Mitglieder gezählt, nachdem sich der eine Teil ganz aus dem politischen Leben zurückgezogen und andere sich der NSDAP angeschlossen hatten. Die Ortsgruppe Eddelak ging einen ähnlichen Weg und tat sich mit den Parteifreunden in St. Michaelisdonn zusammen.

Besonders hart traf es die Ortsgruppe Marne. Dieser Ort war bereits in der Weimarer Republik mehrmals Schauplatz schwerer Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Vertretern der Arbeiterparteien, so daß sich die lokalen Vertreter der NSDAP sofort an die Verfolgung von SPD und KPD machten.[236] Im April 1933 befanden sich bereits 20 Genossen in Haft, so daß

[227] Vgl. zu den Vorgängen M.-E. Rehn, Heider gottsleider, 1992, S. 36.

[228] HA 52/2.3.1933; 61/13.3.1933.

[229] Vgl. HA 59/10.3.1933.

[230] Vgl. Berichte des Bezirks Wasserkante an ZK der KPD in Berlin vom 4. und 16.3.1933, SAPMO-BA RY 1/I3/16/66.

[231] Vgl. zu den Zuständen im KZ Glückstadt R. Möller, Steinburg, 1989, S. 172ff.

[232] Vgl. HA 86/11.4.1933; 87/12.4.1933; 94/22.4.1933; 196/ 23.8.1933; Staatspolizeistelle in Altona an Geheime Staatspolizei in Berlin v. 3.10.1933, LAS 301/4535; I. Dittrich, Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945, Bd.7, Schleswig-Holstein I, Nördlicher Landesteil, Kiel 1993, S. 71f.

[233] Vgl. H. Weber, Kommunismus in Deutschland, 1983, S. 140f.; H. Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972, S. 63ff.

[234] P. Steinbach, Der Widerstand gegen die Diktatur. Hauptgruppen und Grundzüge der Systemopposition, in: K.D. Bracher/M. Funke/H.-A. Jacobsen (Hg.), Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1992, S. 455.

[235] Vgl. Bericht des Bezirks Wasserkante über die Unterbezirke an ZK der KPD in Berlin v. 7.10.1935, SAPMO-BA RY 1/I3/16/67.

[236] Vgl. K. Schwieger, Das Ende der Weimarer Republik in Süderdithmarschen, in: N.R. Nissen (Hg.), Süderdithmarschen. 1581-1970, Heide 1970, S. 188-196; H.A. Winkler, Katastrophe, 1987, S. 650.

die Leitung der Ortsgruppe nicht mehr bestand, und die übrigen Genossen eingeschüchtert waren.[237] Vorerst konnte es in Dithmarschen nur darum gehen, konspirative Verbindungen und Treffen im Familien- und Freundeskreis zur Diskussion der politischen Tagesereignisse aufrechtzuerhalten.

Hermann Weber beschreibt die Lage der KPD für die Jahre 1933/34 mit folgenden Worten: *„Aber noch besaß die KPD genügend Mitglieder, die nicht bereit waren, vor der NSDAP einfach zu kapitulieren. Überall entstanden nach dem Schock, den die kampflose Niederlage ausgelöst hatte, illegale Widerstandsgruppen.“*[238] Diese Feststellung trifft auf das ländliche Dithmarschen nicht zu und scheint eher Wunschvorstellung von Weber zu sein; eine Reorganisierung der lokalen Parteistrukturen zur Überwindung der zeitweiligen Lähmung kann nicht nachgewiesen werden. Die Zahl der engagierten Mitglieder war zu gering, um die Arbeit der Partei im Untergrund fortzuführen.[239] Anders als in Hamburg, im Ruhrgebiet, in Berlin und in den größeren Städten Schleswig-Holsteins war auf dem flachen Land die Agitation der KPD praktisch zum Erliegen gekommen,[240] obwohl die KPD in Schleswig-Holstein – wie aus einem Organisations- und Kurierplan vom September 1933 hervorgeht – weiterhin versuchte, Heide und Meldorf mit Propagandamaterial zu versorgen.[241] Der Partei fiel es jedoch immer schwerer, die Kontakte zu den Unterbezirken zu halten. Führende Mitglieder aus der Bezirksleitung waren festgenommen worden, und immer wieder gelang es den neuen Machthabern, der Partei noch herbere Schläge zu versetzen.[242] Es blieben nur noch die Aufklärung über nationalsozialistische Terroraktionen und praktische Anleitungen zur Untergrundarbeit.[243]

Ende Juni 1933 wurde in Altona ein illegales Büro der KPD festgestellt, das in einem Pferdestall untergebracht war und u.a. auch für die Ortsgruppe Heide zuständig war. In dem als vollständige Geschäftsstelle ausgestatteten Büro wurden Flugblätter und Handzettel hergestellt, die für die Untergrundarbeit in Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck gedacht waren. Bei der Aushebung gelangte auch eine Liste von KPD-Mitgliedern in die Hände der Polizei.[244] Durch derartige Schläge gegen Leitungsinstanzen der Partei wurden besonders die unteren Einheiten geschwächt, denen ihre Kommunikationsstrukturen verlorengingen.[245]

Von Hamburg, Altona, Kiel und Dänemark aus versuchte die KPD aber weiterhin, die Partei in Schleswig-Holstein zusammenzuhalten und ging zu einem System von Decknamen und Deckadressen über, das einen größeren Schutz für die eigenen Leute darstellen sollte.[246] Besonders von Dänemark aus gelangen der Partei bescheidene Erfolge, zu einer organisierten Bearbeitung in Schleswig-Holstein zurückzukehren. Sehr gefährlich war jedoch der Grenzübertritt zum Transport von Parteimaterial, so daß Flugblätter und Schriften zeitweise über das Wasser an die Ostseeküste gelangten; wieweit Heide in diese Reorganisation eingebunden werden konnte, war nicht zu ermitteln.[247]

Daß die Strukturen der KPD im Unterbezirk Heide nach 1933 nahezu zerstört waren, hatte mehrere Gründe. Zum einen war die

[237] Vgl. Bericht des Bezirks Wasserkante an die KPD-Zentrale in Berlin v. 10.4.1933, SAPMO-BA RY 1/I3/16/66.

[238] H. Weber, Die KPD in der Illegalität, in: R. Löwenthal/P. von zur Mühlen (Hg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschlannd 1933 bis 1945, Bonn 1984, S. 85.

[239] Vgl. K.-M. Mallmann, Kommunistischer Widerstand 1933-1945, 1994, S. 119.

[240] Vgl. Staatspolizeistelle in Kiel an Geheimes Staatspolizeiamt in Berlin v. 4.9.1933, R58/3622, Bl. 253.

[241] Vgl. Staatspolizeistelle in Kiel an Geheimes Staatspolizeiamt in Berlin v. 23.9.1933, BAP R 58/3622, Bl. 273/274.

[242] „Die Partei verstand es immer besser, ihre Organisation und Tätigkeit mit den neuen Bedingungen im Kräfteverhältnis der Klassen schrittweise in Übereinstimmung zu bringen und dabei neu gewonnene taktische Erkenntnisse zu berücksichtigen“, schreibt die DDR-Historikern Margot Pikarski (Umstellung der KPD auf die Illegalität, in: BzG 5/1978, S. 733). Diese These verklärt die Situation der KPD in entscheidendem Maße und findet in den parteiinternen Berichten keine Entsprechung.

[243] Vgl. B. Herlemann, Kommunistischer Widerstand, in: W. Benz/W.H. Pehle (Hg.), Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt/M. 2 1996, S. 31.

[244] Polizeipräsident von Altona-Wandsbek an Geheimes Staatspolizeiamt in Berlin v. 6.7.1933, BAP R 58/3622, Bl. 185.

[245] Vgl. H. Weber, Die Ambivalenz der kommunistischen Widerstandsstrategie bis zur „Brüsseler“ Parteikonferenz, in: J. Schmädeke/P. Steinbach (Hg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München[3] 1994, S. 76.

[246] Ein V-Mann der Gestapo machte folgende Ausagen zur Neubildung und zum Aufbau der KPD: „Die Einheiten vom Bezirk abwärts sind nach dem 4-Mann-System aufgebaut. Die Leitung der Einheiten vom Bezirk abwärts wird von dem 1. Mann wahrgenommen. Namen werden nicht genannt. Der Bezirksleiter kennt nur seine Arbeitskreisleiter, dagegen schon nicht mehr die Stadtteilleiter [...]. Während jedes Mitglied des Dreierauschusses (Gebietsleitung) mehrere Verbindungsleute zu den einzelnen Bezirken hat, steht dem 1. Mann der einzelnen Einheiten vom Bezirk abwärts bis zum Arbeitsgebietsleiter nur 1 Verbindungsmann zur Verfügung. Dieser tritt nirgens öffentlich in Erscheinung, wird aber über alle Arbeiten vom 1. Mann unterrichtet und gilt als Ersatzmann für diesen.“;

Westküste Schleswig-Holsteins und besonders Dithmarschen bereits vor der „Machtergreifung" eine Hochburg der Nationalsozialisten, die schon seit 1929 die politische Szene und vor allem die Straße beherrschten und bis zum Ende der Weimarer Republik in Verbänden, Ausschüssen und kommunalen Vertretungen zu Wortführern geworden waren. Der überdurchschnittlich gute Stand ihrer Parteiorganisation und die breite Zustimmung durch die Dithmarscher ermöglichten der Partei in den Wochen nach der Machtübernahme ein breites Vorgehen gegen die Arbeiterparteien. In einem Bericht der Bezirksleitung vom 10. April 1933 wird der „*Naziterror*" in Dithmarschen als „*sehr scharf*" beurteilt.[248] Unterstützt wurde die NSDAP dabei durch Denunziationen seitens der Heider Bevölkerung.[249] Der zeitweilige Ortsgruppenleiter Karl Behrens (geb. 5.1.1895 in Oldenswort) wurde nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten mehrmals in Haft genommen. Zwischen April und Juni 1933 verbrachte er insgesamt sieben Wochen in Schutzhaft. Er war von einem 14jährigen Hitlerjungen, der im Haus gegenüber wohnte, als Mitglied der KPD denunziert worden.[250]

Das praktische Verschwinden der KPD hatte jedoch auch parteiinterne Ursachen und war Folge der bereits angesprochenen Schwäche der Parteiorganisation in den kleinstädtischen und ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins. Anhänger konnten hier nur ungenügend an die Partei gebunden werden. Beim Einsetzen der Repressionen zogen sich diese von der Partei wieder zurück, so daß nur ein kleiner Kern verblieb, der für die Nationalsozialisten wegen der Möglichkeit enger sozialer Kontrolle in ländlichen Regionen stets eine im wahrsten Sinne des Wortes überschaubare Größe blieb. Anders als in den Großstädten waren illegale Gruppenbeziehungen leichter zu erkennen und Aktionen durften nicht auf große Resonanz hoffen.[251]

Um die nur schwache Wirkung des Widerstandes seitens der Arbeiterbewegung zu erklären, muß auch nach der politischen Haltung der Arbeiter im nationalsozialistischen Staat gefragt werden. Problematisch ist dabei sicherlich, daß für eine definitive Antwort auf diese Frage objektive Indikatoren und Bemessungsgrundlagen fehlen. Auch wenn Übereinstimmung in der Forschung zu herrschen scheint,[252] daß die Zustimmung der Arbeiter zum NS-Regime nach 1933 eher zunahm, bleibt das Bild diffus, wie auch die folgenden Beispiele aus Dithmarschen belegen. Zum einen berichtete der Landrat von Norderdithmarschen, daß die im Winter 1934/35 eingeleiteten Notstandsarbeiten dazu beitrugen, „*den Arbeiter zu überzeugen, daß etwas für ihn getan wird. Die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist demzufolge gut,*" urteilte er und fügte hinzu, daß auch die Saarabstimmung 1935 und die damit verbundene Rückgliederung des Saarlands an das Deutsche Reich zu einer positiven Haltung der Arbeiter in bezug auf das Regime geführt habe.[253]

Gleichzeitig finden sich aber auch gegenteilige Aussagen. Der Amtsvorsteher in Burg in Dithmarschen berichtet zum gleichen Zeitpunkt: „*Bei Notstandsarbeiten* [...] *wird von einzelnen teils mit Erfolg versucht, die NSDAP und ihre Einrichtungen lächerlich zu machen. SA-Angehörige und sonst der Partei nahestehen-*

vgl. Lagebericht der Staatspolizeistelle in Altona v. 4.2.1935, BAP R 58/2039, Bl. 14.

[247] Vgl. Staatspolizeistelle in Kiel an Geheimes Staatspolizeiamt in Berlin v.15.8.1933, BAP R 58/3622.

[248] Vgl. Bericht des Bezirks Wasserkante an die KPD-Zentrale in Berlin v. 10.4.1933, SAPMO-BA RY 1/I3/16/66.

[249] Vgl. zur Bedeutung von Denunzierungen für die Arbeit der Gestapo R. Gellately, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-45, Paderborn 1993; K.-M. Mallmann/G. Paul, Allwissend, allmächtig, allgegenwärtig? Gestapo, Gesellschaft und Widerstand, in: ZfG 41 (1993) 11, S. 984-999; B. Berlekamp/W. Röhr (Hg.), Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, Münster 1995; G. Diewald-Kerkmann, Politische Denunziation im NS-Regime oder Die kleine Macht der „Volksgenossen", Bonn 1995; dies., Politische Denunziation - eine „weibliche Domäne"? Der Anteil von Männern und Frauen unter Denunzianten und ihren Opfern in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20 und 21. Jahrhunderts 2 (1996), S. 11-35.

[250] Vgl. LAS 761/5016.

[251] Vgl. K. Tenfelde, Soziale Grundlagen von Resistenz und Widerstand, in: J. Schmädeke/P. Steinbach, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München[3] 1994, S. 807.

[252] Vgl. V. Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, Frankfurt/Bern/New York 1987; O. Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1990, München 1993, S. 287.

[253] Vgl. Bericht der Staatspolizeistelle in Altona v. 4.2.1935, BAP R 58/2039, Bl. 19.

de Arbeitskameraden werden beispielsweise lächerlich gemacht, daß ihnen zum besseren Fortkommen empfohlen wird, den Arm zum Gruß noch höher zu heben."[254] Diese widersprüchlichen Einschätzungen spiegeln die Haltung der Arbeiter in ganz Deutschland. Sie reichte von geschlossener Ablehnung bis zu großer Begeisterung für das NS-Regime.[255] Insbesondere die Tatsache, wieder Arbeit zu haben, das Gefühl, wieder gebraucht zu werden,[256] versöhnte Teile der Arbeiterschaft in der Tat mit dem Regime und war vor dem Hintergrund der erlebten Krisenjahre keine Überraschung. Heinrich August Winkler schreibt treffend: „*Wer nach Jahren der Arbeitslosigkeit wieder einen Arbeitsplatz erhielt, war oft geneigt, über den Verlust der politischen Freiheit hinwegzusehen.*"[257] Auch ist sich die Forschung heute darüber einig, daß die vom Norderdithmarscher Landrat angesprochene Wirkung der außenpolitischen Erfolge Hitlers bei den Arbeitern großen Eindruck machte.[258] Bereits während der Weimarer Republik war nachzuweisen, daß sich besonders Arbeiter aus dem ländlichen Dithmarschen überdurchschnittlich der NSDAP anschlossen.[259] Diese Gruppe, die nicht in der Tradition des linksproletarischen Arbeitermilieus stand, ließ sich nach der „Machtergreifung" problemlos in die „Volksgemeinschaft" integrieren und verhinderte, daß aus der Arbeiterschaft eine Massenbasis für einen erfolgreichen Widerstand gegen das NS-Regime entstand.

Genauso mußten die nationalsozialistischen Verfolgungsorgane wiederholt erkennen, daß sie trotz ihrer massiven Repressionsaktionen oppositionelle Bekundungen nicht vollständig unterbinden konnten. Das proletarisch-sozialistisch geprägte Arbeitermilieu lebte auch nach der „Machtergreifung" in der Mehrheit in Distanz zu den neuen Machthabern. Dies wußten auch die Nationalsozialisten und verfolgten deshalb jede noch so kleine Form von Auflehnung. Wo sie Opposition wahrnahmen, dort schlugen sie auch in Heide rigoros zu, wie die am 6. November 1935 in Heide erfolgte Verhaftung von Johann Goerlitz (geb. am 20. Oktober 1892 in Wesselburen) zeigte, weil – wie es hieß – „*er wiederholt seiner kommunistischen Gesinnung Ausdruck gab.*"[260] Dieses Festnahme wie auch der Bericht über die die NSDAP lächerlich machenden Arbeiter sind Ausdruck eines Herrschaftsanspruchs, der die Gleichschaltung der Gesellschaft anstrebte. Daß diesen Formen von Opposition ein solch hoher Stellenwert beigemessen wurde, ist nur dadurch zu erklären, daß während des „Dritten Reichs" jegliche Lebensverhältnisse politisiert waren und jede Ausprägung von Nonkonformität daraus folgend als Widerständigkeit interpretiert wurde.[261]

6. Fazit

Die Geschichte der KPD in Heide ist die Geschichte einer Ortsgruppe, die in der gesamten Weimarer Republik zu den Sorgenkindern des KPD-Bezirks Wasserkante gehörte. In den turbulenten Anfangsjahren konnte sie zwar bei Wahlen einige Achtungserfolge verzeichnen, doch blieb die SPD in Heide die dominierende Arbeiterpartei. In der Zeit der scheinbaren Stabilisierung war die KPD nur eine Randerscheinung in der politischen Landschaft der Stadt. Diese Situation änderte sich erst wieder in den Krisenjahren ab 1929, doch erwuchs ihr in Dithmarschen mit der

[254] Lagebericht der Staatspolizeistelle Kiel v. Feb.1935, BAP R 58/2039, Bl. 21.

[255] Vgl. U. Herbert, Arbeiterschaft im „Dritten Reich". Zwischenbilanz und offene Fragen, in: GG 15 (1989), S. 320; H.-J. Steinberg, Die Haltung der Arbeiterschaft zum NS-Regime, in: J. Schmädeke/P. Steinbach, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München[3] 1994, S. 867-874.

[256] Vgl. zu den sozialpsychologischen Wirkungen von Arbeitslosigkeit im Arbeitermilieu W. Kaschuba, Volkskultur und Arbeiterkultur als symbolische Ordnungen. Einige volkskundliche Anmerkungen zur Debatte um Alltags- und Kulturgeschichte, in:, A. Lüdtke (Hg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt/M. 1989, S. 205ff.

[257] H.A. Winkler, Katastrophe, 1987, S. 953.

[258] Vgl. I. Kershaw, NS-Staat, 1994, S. 303; G. Schildt, Die Arbeiterschaft im 19. und 20. Jahrhundert, München 1996, S. 43.

[259] Vgl. U. Pfeil, Heide, 1995, S. 338f.

[260] Telegramm der Staatspolizeistelle Kiel v. 9.11.1935, BAP R 58/2039, Bl. 319a.

[261] Vgl. zur Kontroverse über Begrifflichkeiten in der Widerstandsforschung K.-M. Mallmann/G. Paul, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit. Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: ZfG 41 (1993) 2, S. 99-116; P. Steinbach, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der zeitgeschichtlichen Auseinandersetzung. Beiträge zum Widerstand der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1995.

NSDAP ein Konkurrent, der sie bereits überflügelt hatte, als sie begann, sich eine Strategie gegen den neuen Gegner zu überlegen. Diese divergierende Entwicklung bedarf der Erklärung, denn beide Parteien wiesen oberflächlich Gemeinsamkeiten auf, die bei der einen den Erfolg erklären sollen, bei der anderen aber als ständiges Hemmnis wirkten.

„Als ‚Führerpartei' wurde die gesamte NSDAP dem Grundsatz unbedingter Führerautorität unterworfen. Die politische Willensbildung sollte nur von oben nach unten verlaufen, von unten nach oben wurde unbedingter politischer Gehorsam erwartet [...]. *Die zentralistische Straffung der gesamten Parteiorganisation schuf die Voraussetzungen dafür, daß die NSDAP den 1929 beginnenden Strukturwandel von der Kader- zur Massenpartei ziemlich reibungslos bewältigen konnte,"*[262] urteilt Wolfgang Schieder bei seiner Erklärung für den schnellen Erfolg der NSDAP zwischen 1929 und 1933. Den Anspruch, eine zentralistische Partei zu sein, erhob auch die KPD, doch bewegte sich ihre Entwicklung zur Massenpartei auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Wie an zahlreichen Beispielen illustriert wurde, gelang der KPD trotz ihres Anspruchs, eine monolithische und durchorganisierte Partei sein zu wollen, nie eine derartige Aktivierung ihrer Anhänger, daß sie ihrem revolutionären Anspruch nachkommen konnte. Mallmann resümiert deshalb: *„Während der Bolschewisierungsimpetus grosso modo versandete* [...], *sahen sich die Bezirksleitungen – gestreßt durch die Obstruktion der Basis, zweifelnd am guten Willen der Mitglieder, gläubig befangen in der Verehrung des bolschewistischen Vorbilds, in dessen Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse – dem gleichbleibenden Druck des ZK ausgesetzt. Das Resultat war vielfach die Flucht in den Bluff, in die Scheinwelt der Potemkinschen Dörfer."*[263]

Dieses Problem kannte die NSDAP in Dithmarschen nicht. Zwar waren die ersten Monate nach der Neugründung der Partei in Norddeutschland 1925 noch von geringem Erfolg gekennzeichnet, doch mit dem regionalen Beginn der (Agrar-) Krise 1927 setzte die Zeit des großen Aufschwungs an der Westküste Schleswig-Holsteins ein. Die NSDAP profitierte dabei von einer beachtlichen Aktivität ihrer Mitglieder, die es ihr ermöglichte, in relativ kurzer Zeit ein breites Organisationsnetz aufzubauen.[264] Nun kann an dieser Stelle nicht erschöpfend der Frage nachgegangen werden, welche Faktoren für diese unterschiedliche Entwicklung in den beiden Parteien entscheidend waren. Resümierend soll festgehalten werden, welche Ursachen es hatte, daß die KPD in Dithmarschen und Heide nicht einen ähnlichen Aufstieg erlebte wie die NSDAP.

Von entscheidender Bedeutung scheint in Heide der *„programmatische Opportunismus"*[265] der Nationalsozialisten gewesen zu sein. Dithmarschen mit seiner überwiegend auf die Landwirtschaft ausgerichteten Wirtschaftsstruktur und einer großen Anzahl an mittelständischen Betrieben kann geradezu als Musterbeispiel für eine (klein-)bürgerliche Orientierung herangezogen werden, wohingegen die NSDAP bei anderer Wirtschaftsstruktur auch als Arbeiterpartei auftreten konnte, wie das

[262] Vgl. W. Schieder, Die NSDAP vor 1933. Profil einer faschistischen Partei, in: GG 19 (1993), S. 145ff.

[263] K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 310f.

[264] Vgl. R. Rietzler, „Kampf", 1982, S. 343ff.; U. Pfeil, Heide, 1995, S. 259ff.; C.M. Sörensen, Politische Entwicklung und Aufstieg der NSDAP in den Kreisen Husum und Eiderstedt 1918-1933, Neumünster 1995, S. 253ff.; W. Koops, Südtondern in der Zeit der Weimarer Republik. Ein Landkreis zwischen Obrigkeitsstaat und Diktatur, Neumünster 1993, S. 270ff.; H. Voigt, Der Sylter Weg, 1977, S. 41ff.

[265] M. Broszat, Zur Struktur der NS-Massenbewegung, in: VfZ 31 (1983), S. 52.

Beispiel der im Hamburger Einzugsbereich liegenden Stadt Geesthacht zeigt.[266] Die NSDAP war folglich keine feste Programmpartei; sie adaptierte vielmehr ihre Propaganda an die lokalen Verhältnisse und reagierte flexibel auf tagespolitische Entwicklungen.[267]

Auch bei der KPD gab es vereinzelt ein pragmatisches, an den lokalen Gegebenheiten orientiertes Vorgehen der lokalen Funktionäre und Mitglieder. Dazu stand jedoch die programmatische Inflexibilität der Parteiführung in deutlichem Widerspruch, so daß das Außenbild der Gesamtpartei nur schwerlich faßbar war. Die Parteizentrale hatte sich programmatisch dem Diktat Moskaus unterworfen und war um Linientreue bemüht.[268] Dadurch entstand ihr Grundwiderspruch, einerseits der Komintern untergeordnet zu sein, andererseits in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung zu stehen.[269] Indem die Partei nach leninistischem Vorbild anstrebte, ihre Organisation auf die Industriearbeiter in den Betrieben abzustellen, wurde sie zu einer Partei der Großstädte,[270] die jedoch auf die Probleme der ländlich-strukturierten Regionen nur unzureichende Antworten hatte. Eine von den russischen Bedingungen abgeleitete Programmatik erwies sich für die Realität in Deutschland als nicht tragfähig. Diese Feststellung traf vor allem für die Zeit der Weltwirtschaftskrise zu, als die KPD mit Klassenkampfparolen der Krise beikommen wollte.[271] Die Kluft zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen wuchs, gewachsene Solidarstrukturen zerbrachen und führten auch in Heide zur Erosion des im Kaiserreich entstandenen Arbeitermilieus.

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluß dabei hatte die von den Nationalsozialisten ständig benutzte Parole der „Volksgemeinschaft". Während sich die KPD in ihrem Programm als Arbeiterpartei gab, stellte die NSDAP sektionale Aspekte in den Hintergrund und übernahm die Rolle einer klassenübergreifenden Bewegung. Anders als die KPD arbeitete sie nicht auf eine soziale Abgrenzung hin, sondern weitete ihren sozialen Radius fortwährend aus und wurde zu einer „*Volkspartei des Protests*".[272] Dabei war es den Nationalsozialisten von Nutzen, daß sie nicht in einer Milieutradition standen. Die KPD reproduzierte bzw. übernahm mentale und organisatorische Strukturen aus der Sozialdemokratie des Kaiserreichs und kämpfte bei der Reorganisierung der Parteistruktur ab 1923 ständig und letztlich vergeblich gegen die tradierten Werte und Strukturen an. Die NSDAP konnte demgegenüber die antiindividualistische und antisozialistische Parole von der „Volksgemeinschaft" in den Mittelpunkt ihrer Propaganda stellen. „*Der Kreis jener Menschen, die eine solche Quasi-Utopie attraktiv fand, ging weit über die Anhängerschaft der NSDAP hinaus, da die Volksgemeinschaftsidee einen scheinbaren Ausweg aus der grundlegenden Krise bürgerlicher Staats- und Ordnungsvorstellungen versprach und die neuen Zeitverhältnisse in einen neuen Sinnzusammenhang zu integrieren vorgab,*"[273] schreibt Adelheid von Saldern und benennt damit genau den entscheidenden Vorteil der NSDAP – besonders unter der jungen Frontkämpfergeneration[274] – gegenüber der KPD. Die Nationalsozialisten hatten die Gefühlslage der

[266] Vgl. B.M. Menapace, „Klein-Moskau" wird braun. Geesthacht in der Endphase der Weimarer Republik (1928-1933), Kiel 1991.

[267] Vgl. W. Schieder, Die NSDAP vor 1933, 1993, S. 142ff.

[268] Vgl. S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart[5] 1986, S. 91; H. Weber, Aufstieg, 1991, S. 27f.; H.A. Winkler, Weimar, 1993, S. 150, 191.

[269] Den Widerspruch zwischen nationaler Verankerung und politischer Öffnung auf internationaler Ebene konnten die kommunistischen Parteien in Europa allgemein nicht lösen, so daß er zu einem Hemmnis für die Parteiarbeit und die Bindung von Anhängern wurde; vgl. J. Gotovitch/P. Delwit/J.-M. De Waele, L'Europe des communistes (Editions Complexe), Brüssel 1992, S. 52ff.

[270] Vgl. Protokoll der Orgberatung des Bezirks Wasserkante am 21.10.1925; SAPMO-BA RY 1/I3/16/38.

[271] Vgl. K.-M. Mallmann, Kommunisten, 1996, S. 391.

[272] Vgl. J.W. Falter, Hitlers Wähler, 1991, S. 364ff.

[273] A. von Saldern, Sozialmilieus und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Norddeutschland (1930-1933), in: F. Bajohr (Hg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 30.

[274] Vgl. G. Fiedler, Jugend im Krieg, 1989, S. 162; H. Giesecke, Wandervogel, 1981, S. 82ff.

Menschen erkannt und verfügten scheinbar über die richtigen Rezepte,[275] während die KPD bestenfalls bei ihren eigenen Anhängern das Vorbild der Sowjetunion preisen konnte; eine breite Schar neuer Anhänger war aber mit dieser Verheißung nicht zu gewinnen. Während der Nationalsozialismus gerade in Dithmarschen Wählerschichten mobilisieren konnte, die bisher nur einen geringen Grad an Politisierung aufwiesen, blieb der KPD als Klassenpartei dieser Erfolg verwehrt. Ihr gelang es dank ihres Radikalismus in der Wirtschaftskrise, in der Anhängerschaft der SPD zu wildern und Arbeitslose kurzfristig für sich zu begeistern, doch war dieser Radikalismus keine Grundlage, um eine dauerhafte revolutionäre Politik über Milieugrenzen hinweg zu gestalten. Aber auch innerhalb der Arbeiterbewegung stieß das Besetzen von extremen Positionen ab, so daß die Mehrheit der Arbeiter bei der SPD und der Wählerblock der beiden Arbeiterparteien über die Jahre der Weimarer Repulik stabil blieb und keine entscheidende Ausdehnung erlebte.

Ein weiterer Unterschied ergab sich aus der ideologischen Ausrichtung beider Parteien. Die NSDAP verstand sich als Fürsprecher einer nationalen bzw. nationalistischen Politik, die KPD hingegen als Teil der Kommunistischen Internationale. Der Internationalismus konnte aber in der Zeit der Weimarer Republik nur wenig Erfolg haben, denn die Mehrheit der Deutschen sah sich immer noch – wie im Ersten Weltkrieg – eingekreist von Mächten, die Deutschland in die Knie zwingen wollen. Besonders in Dithmarschen, wo bereits in wilhelminischer Zeit das bürgerlich-liberale und bürgerlich-nationale Lager die politische Landschaft beherrschten, war eine internationalistisch ausgerichtete Politik nicht mehrheitsfähig. Die NSDAP nutzte vielmehr die in bürgerlichen Kreisen und in Teilen der reformistischen Arbeiterbewegung verbreitete Angst vor einer Sowjetisierung Deutschlands und stellte sich als letzte Rettung vor dem Bolschewismus dar.

Auch nach der „Machtergreifung" unterschätzte die KPD sowohl die Dynamik der NSDAP als auch den Widerstandswillen ihrer Anhänger. Der NSDAP gelang in relativ kurzer Zeit die Machtetablierung und die Gleichschaltung der Institutionen; die Hoffnung der Kommunisten aber, daß das NS-Regime schon nach wenigen Wochen wieder zusammenbrechen würde, erwies sich als Trugschluß. Die mehrmaligen Verhaftungswellen schüchterten ein und raubten den Kommunisten ihr Kräftereservoir. Wie aus dem folgenden Zitat eines Berichterstatters der Exil-SPD hervorgeht, überschätzten Sozialdemokraten wie Kommunisten die Bedeutung von Politik im Leben ihrer einfachen Parteimitglieder: *„Das Interesse am Klassenschicksal ist zum größten Teil völlig verschwunden, an seine Stelle ist der kleinlichste Einzel- und Familiensinn getreten."*[276] Die Vorstellung von den „proletarischen Massen", die sich als Bollwerk gegen eine Machtübernahme „von rechts" stellen würden, erwies sich als Phantasiegebilde.[277]

Die KPD überschätzte weiterhin die Wirkung des Wählerzulaufs bei den letzten Reichstagswahlen 1932/33. Da es sich in erster Linie um ein Protestpotential und weniger um treue Anhänger der kommunistischen Weltanschauung handelte, wurde der

[275] Vgl. C. Fischer, The rise, 1995, S. 125ff.; D.J.K. Peukert, Die Weimarer Republik, 1987, S. 236ff.

[276] Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, hrsg. v. K. Behnken, Frankfurt/M. 1980, hier: Juli 1936, S. 835f.

[277] Vgl. A. Lüdtke, Wo blieb die „rote Glut"? Arbeitererfahrungen und deutscher Faschismus, in: ders. (Hg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt/M. 1989, S. 224-282.

[278] Vgl. A. Sywottek, Revolutionäre Perspektiven des kommunistischen Widerstands, in: J. Schmädeke/P. Steinbach, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München[3] 1994, S. 481; G. Paul, Zur Sozialgeschichte von Verfolgung und Widerstand am Beispiel des Saarlandes (1935-1945), in: B. Berlekamp/W. Röhr (Hg.), Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, Münster 1995, S. 62.

kommunistische Widerstand fast ausschließlich von den bereits seit längerer Zeit an die Partei gebundenen Aktivisten geleistet.[278] Der KPD gelang nie die Überwindung der Diskrepanz zwischen den politisch aktiven Kadern und dem niedrigen Aktivierungsgrad der Masse der Arbeiterschaft.